

**DE**

**DE**

**DE**



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 31.3.2010  
KOM(2010) 135 endgültig  
*TEIL II*

**ANHÄNGE**

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission für 2010**

**Jetzt handeln**

## Anhang I Strategische Initiativen für 2010\*

\*Initiativen, die die Kommission noch im Jahr 2010 annehmen wird (9 Monate: April – Dezember).

<b>Titel</b>	<b>Art der Initiative</b>	<b>Gegenstand und Ziele</b>
<b>Bewältigung der Wirtschaftskrise</b>		
1. Mitteilung zur Einführung einer verstärkten politischen Koordinierung mittels umfassenderer und genauerer Überwachung (2. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird aufbauend auf dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und Europa 2020 Vorschläge enthalten, wie die Fähigkeit der Eurozone zur Förderung von Stabilität und Konvergenz verbessert, und Artikel 136 AEUV umgesetzt werden kann, um fiskalische und makroökonomische Ungleichgewichte dank effizienterer Überwachung erfolversprechender anzugehen.
2. Legislativvorschlag zur Verbesserung der Transparenz und der Stabilität der Derivatemärkte (CCP) (2. Quartal)	Legislativmaßnahme	Die Derivatemärkte sollen durch mehr Transparenz und Verringerung für das Risiko der Gegenpartei sicherer gemacht werden. Für standardisierte Derivate-Verträge soll ein zentrales Gegenpartei-Clearing (CCP) mit gemeinsamen Sicherheits-, Regulierungs- und Geschäftsregeln eingeführt werden, um das Risiko der Gegenpartei zu senken. Außerdem sollen die Marktteilnehmer verpflichtet werden, sämtliche nicht „geclearten“ Positionen und Transaktionen in einem Transaktionsregister zu erfassen. Für letztere enthält der Vorschlag Bestimmungen zu ihrer Regulierung und Beaufsichtigung, um mehr Transparenz zu erwirken.
3. Initiative zu Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (3. Quartal)	Legislativmaßnahme	Mit der Initiative sollen schädliche Handelspraktiken auf den Derivatemärkten und bei anderen Finanzinstrumenten unterbunden werden. Sie ergänzt das umfassende Legislativpaket zu Derivatemärkten und Kreditausfallversicherungen.
4. Überprüfung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (2. Quartal)	Legislativmaßnahme	Ziel sind die Stärkung des Verbraucher- (Einleger-)schutzes durch eine einheitliche Anhebung der Höhe der besicherten Einlage auf 100 000 EUR und die Steigerung der Effektivität der Richtlinie.
5. Überprüfung der Marktmissbrauchsrichtlinie (4. Quartal)	Legislativmaßnahme	Erreicht werden sollen mehr Marktintegrität durch Definition des Missbrauchsbegriffs, ein besserer Anlegerschutz und die Untersuchung und Sanktionierung von Missbräuchen durch zuständige Behörden. Außerdem sollen Umfang und Art der Sanktionen bei Marktmissbrauch geregelt werden.
6. Mitteilung über wirksames und effizientes Krisenmanagement (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Kommission wird ihre Vorschläge darlegen, um den Behörden die Instrumente an die Hand zu geben, grenzübergreifende Banken Krisen wirksam zu lösen und die Kosten für den Steuerzahler zu begrenzen. Neue Instrumente sollten für mehr Rechtssicherheit sorgen und die Gefahr gerichtlicher Gegenmaßnahmen verringern.
7. Überprüfung der 4. Eigenkapital-Richtlinie (4. Quartal)	Legislativmaßnahme	Die Überprüfung betrifft die Bereiche Fremdkapitalanteil, dynamische Rückstellungen, Liquidität, antizyklische Reserven, dem Kapitalbegriff, den Begriff der systemrelevanten Finanzinstitute und Gegenpartei-Kreditrisiken. Damit sollen der gesetzgeberische Rahmen in Reaktion auf die Krise angepasst und die Stabilität des Finanzsektors gefördert werden; Banken sollen verpflichtet werden, bei guter Marktlage Rücklagen zu bilden, um bei schlechter Marktlage über finanzielle Reserven zu verfügen.
8. Mitteilung über mögliche Formen eines Bankeninsolvenzfonds (2. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung soll dem Europäischen Rat mögliche Wege zur Einrichtung eines Fonds für Bankeninsolvenzen angesichts des für April erwarteten IWF-Berichts aufzeigen.

<b>Weiterer Vorstoß für die Europa-2020-Leitinitiativen</b>		
9. Mitteilung über eine Europäische digitale Agenda (2. Quartal)	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Mit der Europäischen digitalen Agenda soll das Potential der IKT als Schlüsseltechnologie für den Übergang zu einer emissionsarmen, wissensbasierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft ausgeschöpft werden. Sie enthält ein Gesamtkonzept für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft mit einer angebots- und einer nachfrageseitigen Komponente und benennt konkrete Maßnahmen, mit denen die EU oder die Mitgliedstaaten zum Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internets, einem grenzübergreifenden Online-Markt für Waren, Dienstleistungen und Inhalte, einer Verbesserung des Qualifikationsniveaus und zur Einführung zukunftsfähiger Dienstleistungen beitragen können.
10. Mitteilung „Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ (3. Quartal)	Nicht- Legislativmaßnahme	Die Mitteilung behandelt die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft mittels konkreter Initiativen auf EU-Ebene, die Einbindung der Beteiligten in die Umorientierung von Wirtschaftszweigen hin auf zukunftssträchtige Tätigkeitsfelder durch die Kombination von Instrumenten wie intelligenter Regulierung, öffentlichen Aufträgen, Wettbewerbsregeln und Normierung sowie die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern bei der Vorwegnahme und Bewältigung von Veränderungen und den sozialen Folgen der Umstrukturierung.
11. Mitteilung über einen Europäischen Forschungs- und Innovationsplan (3. Quartal)	Nicht- Legislativmaßnahme	Wie in der Mitteilung Europa 2020 angekündigt soll der Forschungs- und Innovationsplan einen Innovationsindikator enthalten. Außerdem wird er einen politischen Rahmen für europäische Forschungs- und Innovationspartnerschaften, die Entwicklung von Schlüsseltechnologien, die Optimierung der Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation sowie für die Stärkung, Vereinfachung und Ausweitung der EU-Instrumente zur Unterstützung von Forschung und Innovation vorgeben. Auch die Öko-Innovation wird unter Bezugnahme auf die Überprüfung des Aktionsplans für Umwelttechnologie (2004-2009) thematisiert.
12. Initiative „Jugend in Bewegung“ (3. Quartal)	Nicht- Legislativmaßnahme	In dieser Mitteilung geht es um eine Strategie zur Zusammenführung von europäischen und nationalen Mobilitätsprogrammen für Hochschulen und Forscher, die Modernisierung der höheren Bildung, die Förderung unternehmerischer Eigeninitiative durch Mobilität für junge Berufstätige sowie die verstärkte Anerkennung informellen Lernens. Außerdem werden für die kommenden Jahre weitere Initiativen sowohl auf Politik- als auch auf Programmebene angekündigt. Geplant ist auch ein Programm für den Austausch von Unternehmern: „ERASMUS für Jungunternehmer“.
13. Mitteilung „Jugend und Beschäftigung“ (4. Quartal)	Nicht- Legislativmaßnahme	In der Mitteilung sollen Wege ausgelotet werden, wie die Politik mehr zur Bewältigung der Folgen der Krise für die Jugendlichen tun kann, und wie der Übergang von der Bildung/Ausbildung ins Arbeitsleben erleichtert werden kann. Außerdem wird eine verbesserte Verknüpfung von politischen Prioritäten und EU-Fonds (insbesondere europ. Sozialfonds) angestrebt. Zu den geplanten neuen Initiativen zählen die Förderung der räumlichen Mobilität von Jugendlichen (EURES), die Mobilisierung der Wirtschaft für die Einstellung Jugendlicher, und die vermehrte direkte Unterstützung innovativer Projekte über die Programme PROGRESS, Lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion.
14. Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten (3. Quartal)	Nicht- Legislativmaßnahme	In der Agenda werden Wege aufgezeigt, um den wirtschaftlichen Wandel besser zu bewältigen, die Beschäftigungsquote zu erhöhen, die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EU und die Abstimmung von Angebot von und Nachfrage nach Qualifikationen durch Einsatz von Strukturfondsmitteln zu verbessern, die Kapazitäten der Sozialpartner und die Zusammenarbeit bei Bildung und Ausbildung im Interesse einer Anhebung des Qualifikationsniveaus zu stärken und Erwerb und Anerkennung von Kompetenzen in der allgemeinen, beruflichen, höheren und Erwachsenenbildung durchgehend zu gewährleisten: einen europäischen Rahmen für Qualifikationen, Kompetenzen und Berufe.

15. Mitteilung „Plattform zur Armutsbekämpfung“ (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung soll Vorschläge für eine Plattform zur Bekämpfung der Armut und einer entsprechenden Änderung der OKM im Sozialbereich enthalten. Sie bietet eine Bestandsaufnahme der Fortschritte im sozialen Bereich und regt eine energischere, sichtbarere Politik unter stärkerer Einbeziehung anderer Politikfelder an. Besondere Schwerpunkte werden die aktive Eingliederung und die Kinderarmut sein.
<b>Beseitigung von Engpässen in Europa</b>		
16. Neustart für den Binnenmarkt (2. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung nimmt Bezug auf den Monti-Bericht und Europa 2020 und führt auf, wo Binnenmarktlücken identifiziert wurden und wie der Binnenmarkt so dynamisiert werden kann, dass er sein volles Potential entfaltet.
17. Verordnung über die Sprachenregelung für das künftige EU-Patent (2. Quartal)	Legislativmaßnahme	In einer Verordnung muss verfügt werden, in welche Sprachen EU-Patente zu übersetzen sind, da dieser Punkt nicht in der EU-Patentverordnung geregelt werden durfte, weil der Lissabon-Vertrag eine spezifische Rechtsgrundlage für eine separate Verordnung zur Sprachenregelung vorsieht. Für das EU-Patent ist dieser Vorschlag unverzichtbar.
18. Weißbuch „Zukunft des Verkehrswesens“ (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	In dem Weißbuch wird das Aktionsprogramm für den Verkehr bis 2020 beschrieben, mit Anstößen für Verkehrsinfrastruktur-Maßnahmen der nächsten zehn Jahre, Binnenmarkt-Gesetzgebung, Maßnahmen zum CO <sub>2</sub> -Abbau, Verkehrslenkungstechnologie, umweltfreundliche Verkehrsmittel und den entsprechenden Einsatz von Normen und marktgestützten Instrumenten und Anreizen. Ferner wird ausgeführt, welche Maßnahmen zur Schaffung eines einheitlichen Verkehrsraums und zur Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 (3%-Ziel für FuE und die 20/20/20-Energieziele) erforderlich sind.
19. Energieinfrastruktur-Paket <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitteilung „Entwicklung der Energieinfrastruktur bis 2020/30“</li> <li>• Arbeitspapier „Energieinfrastruktur“</li> <li>• Mitteilung über Blaupausen für Offshore-Netze in Nordeuropa</li> <li>• Bericht über den Entwicklungsstand der intelligenten Netze</li> </ul> (4. Quartal)	Nicht-Legislativ-/Legislativmaßnahmen	Die Mitteilung soll den Investitionsbedarf unter verschiedenen Angebots- und Nachfrageszenarien, die Ausbaupläne des Europäischen Netzes der Fernleitungsnetzbetreiber für die nächsten 10 Jahre und die Prioritäten für die Infrastrukturentwicklung und –finanzierung behandeln. Zudem werden Maßnahmen zur Diversifizierung der Erdgasbezugsquellen und –routen und künftiger Infrastrukturbedarf beispielsweise für Erdöl oder CO <sub>2</sub> behandelt.  Im Arbeitspapier werden die sechs in der zweiten Überprüfung der Energiestrategie genannten vorrangigen Infrastrukturaktionen bewertet, darunter die Gas- und Stromnetze im Mittelmeerraum. In der Mitteilung über Offshore-Netze wird vor dem Zeithorizont 2020/30 dargelegt, welche Regulierungsprobleme zu lösen sind, damit auf längere Sicht integrierte Netze möglich werden. Der Bericht über intelligente Netze enthält eine Bestandsaufnahme im Blick auf etwaige Gesetzgebungsvorschläge für 2011.
<b>Der Mensch im Mittelpunkt – ein Europa der Bürger</b>		
20. Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms (2. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Aktionsplan wird dargelegt, mit welchen Maßnahmen das Stockholmer Programm konkret umgesetzt werden soll. Möglicher Aufbau: - eine kurze, einleitende Mitteilung, in der die neue Kommission die Prioritäten für ihr Mandat darlegt und das Stockholmer Programm in eine gezielte politische Botschaft umformuliert, - tabellarischer Überblick über die Maßnahmen zur Umsetzung des Programms von 2010 bis 2014 mit Zeitplan und genauer Zuordnung der Zuständigkeiten.

21. Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I) (4. Quartal)	Legislativmaßnahme	Mit der Änderung der Verordnung werden folgende Ziele verfolgt: Abschaffung des Exequaturverfahrens in Zivil- und Handelssachen, Einbeziehung von Fällen mit Drittlandsbezug, Anpassung der Verordnung an neue einschlägige internationale Instrumente und Verbesserung von Vorschriften, deren Anwendung Probleme verursacht hat.
22. Überprüfung der Arbeitszeitrichtlinie (4. Quartal)	Legislativmaßnahme	Mit neuen Vorschlägen soll der Rechtsrahmen an die Bedürfnisse von Arbeitnehmern, Unternehmen, öffentlichem Dienst und Verbrauchern im 21. Jahrhundert angepasst werden. Ihnen werden eine zweistufige Konsultation der Sozialpartner (auf Vertragsgrundlage) und die Veröffentlichung der Abschätzung ihrer rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen vorausgehen.
23. Mitteilung zum europäischen Vertragsrecht – Auf dem Weg zu einem Gemeinsamen Referenzrahmen (3. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung soll einen Prozess einleiten, an dessen Ende ein zusätzliches, fakultatives europäisches Vertragsrecht oder gar ein europäisches Zivilgesetzbuch steht. Auf der Grundlage der Arbeiten am Gemeinsamen Referenzrahmen für Vertragsrecht soll dargelegt werden, wie der Referenzrahmen angenommen und genutzt werden soll. Eine neue Regelung würde grenzüberschreitende Geschäfte erleichtern und Standard-Konditionen garantieren, wovon kleine Unternehmen profitieren würden, die sich neue Märkte erschließen wollen.
24. Bericht über die Rechte der Unionsbürger, mit Analyse von Freizügigkeitshindernissen und Beseitigungsmöglichkeiten (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Gemäß Artikel 25 AEUV berichtet die Kommission alle drei Jahre über die Anwendung der Unionsbürger-Rechte. Auf dieser Grundlage können Vorschläge zur Ergänzung dieser Rechte unterbreitet werden. In dem Bericht wird auch ausgeführt, auf welche Hindernisse Unionsbürger bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im Ausland stoßen und wie diese beseitigt werden können.
25. Neuer umfassender Rechtsrahmen für den Datenschutz (4. Quartal)	Legislativmaßnahme	Die EU-Datenschutzrichtlinie (1995) muss an die neuen technischen Entwicklungen angepasst werden. Außerdem ist zu gewährleisten, dass der Datenschutz entsprechend dem Vertrag von Lissabon (Artikel 16) und der Grundrechte-Charta bei allen EU-Maßnahmen gewahrt wird.
<b>Gewährleistung einer offenen und sicheren EU</b>		
26. Mitteilung über eine Strategie für die innere Sicherheit (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Strategie für die innere Sicherheit ist ein wichtiger Bestandteil des Stockholmer Programms. Im Programm von Stockholm werden gemeinsame Bedrohungen, aber auch gemeinsame, optimal auszuschöpfende Instrumente und politische Maßnahmen zu ihrer Überwindung identifiziert. Der spanische Ratsvorsitz hat ein erstes Dokument für die Bürger erstellt. Darauf aufbauend soll die Mitteilung konkrete Vorschläge zur polizeilichen Zusammenarbeit, zum Grenzmanagement und zur Strafjustiz enthalten, um diese gemeinsamen Bedrohungen abzuwehren. Insbesondere soll dargelegt werden, wo die EU mit spezifischen Maßnahmen einen Mehrwert erzielen kann.
<b>Bewältigung langfristiger gesellschaftlicher Veränderungen</b>		
27. Grünbuch zur Altersversorgung (2. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Grünbuch behandelt einschlägige Herausforderungen sowie die Aufgabenverteilung von Mitgliedstaaten und EU und dient der Konsultation der Öffentlichkeit. Es ist möglichst breit angelegt und wird eine Vielfalt politischer Instrumente behandeln. Dazu zählen die OKM im Bereich der Renten, die Überprüfung von Artikel 8 der Insolvenzen-Richtlinie, die Richtlinie über die Wahrung von Rechten aus der Zusatz-Altersversorgung, die EBAV-Richtlinie und der Zusammenhang mit der Verordnung über die soziale Sicherheit. Außerdem wird ein breiteres Folgenspektrum behandelt, das auch Themen wie Versicherungen, Investitionen (private Ersparnisse) und Wohneigentum (hypothekarisch gesicherte Kreditverträge) einschließt.

28. Mitteilung über eine neue EU-Artenvielfaltspolitik und –strategie nach 2010 (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird dargelegt, welche Verpflichtungen die EU angesichts des zunehmenden Drucks auf das Ökosystem möglicherweise auf internationaler Ebene eingehen sollte. Die Strategie nennt eine Reihe von Teilzielen, auf deren Grundlage gehandelt werden soll. Alle Formen des Drucks auf das Ökosystem (Überbeanspruchung, Klimawandel, Flächennutzungsänderungen/Flächenfragmentierung, invasive Arten) und alle Ökosysteme (Forste, Gewässer, Meere usw.) werden behandelt. Im Zentrum stehen jedoch Artenvielfalt und Öko-Gefahren auf EU-Ebene in spezifischen Sektoren (u.a. Landwirtschaft, Fischerei), um ein gezieltes, konkretes Handeln zu ermöglichen.
29. Mitteilung über die Stärkung der EU-Katastrophenhilfe-Kapazitäten (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Kapazität und Bereitschaft der EU zur schnellen Katastrophenhilfe innerhalb und außerhalb Europas auf drei Gebieten gestärkt werden kann: Zivilschutz, humanitäre Hilfe und verstärkte Zusammenarbeit des zivilen und des militärischen Sektors.
<b>Vertiefung der EU-Handelsagenda</b>		
30. Mitteilung über „Eine Handelsstrategie für Europa 2020“ (3. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird ausgeführt, welche großen handelspolitischen Prioritäten in den nächsten Jahren verfolgt werden sollten. Dabei wird auf andere einschlägige wirtschaftliche und horizontale Strategien der EU Bezug genommen, insbesondere auf Europa 2020.
31. Mitteilung über den EU-Beitrag zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele: ein Zwölf-Punkte-Plan	Nicht-Legislativmaßnahme	In Vorbereitung des UN-Gipfels zur Überprüfung der Entwicklungsziele (Sept. 2010) werden die Fortschritte bei der Verwirklichung der 8 Ziele bis 2015 analysiert. Außerdem wird dargelegt, wie die EU einen fairen Beitrag zur Bewältigung der verbleibenden Herausforderungen leisten kann.
<b>Modernisierung der Instrumente und der Arbeitsweise der Union</b>		
32. Überprüfung des Haushalts (3. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Angesichts der Prioritäten von Europa 2020 wird die Haushaltsplanung der EU bis 2013 umfassend daraufhin überprüft, wie die finanziellen Ressourcen der EU am effizientesten in den Dienst der wichtigsten politischen Ziele gestellt werden können, um die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorzubereiten.
33. Mitteilung über die Zukunft der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung werden für die Öffentlichkeit besonders wichtige Aspekte einer künftigen GAP behandelt, um die Öffentlichkeit vor der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen zu konsultieren. Sie wird sich an die Haushaltsüberprüfung anschließen und soll keineswegs den Vorschlägen vorgreifen, die die Kommission 2011 zum mehrjährigen Finanzrahmen unterbreiten wird.
34. Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (4. Quartal)	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Bericht behandelt die einschlägigen Fortschritte und die Einbindung in die Prioritäten der EU, die Rolle der Fonds, der EIB und der übrigen Finanzinstrumente sowie die Auswirkungen anderer politischer Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten auf die bisherige Entwicklung sowie – im Vorgriff auf etwaige Gesetzgebungsvorschläge – mögliche Optionen für eine künftige Kohäsionspolitik. Er wird sich an die Haushaltsüberprüfung anschließen und soll keineswegs den Vorschlägen vorgreifen, die die Kommission 2011 zum mehrjährigen Finanzrahmen unterbreiten wird.

## Anhang II: Vorläufige Übersicht über mögliche in der Prüfung befindliche strategische und vorrangige Initiativen\*

\*Die Initiativen sind nach Politikbereich geordnet. Bei den **fett** gedruckten Initiativen unter den einzelnen Politikbereichen handelt es sich um strategische Initiativen. Die Initiativen betreffen das Jahr 2010 und die Folgejahre<sup>1</sup>.

Titel	Art der Initiative	Beschreibung von Gegenstand und Zielen
<b>Landwirtschaft und ländliche Entwicklung</b>		
<b>Legislativvorschläge als Folgemaßnahme zu der Mitteilung der Kommission über die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013</b>	Legislativmaßnahme	Legislative Folgemaßnahmen zur Mitteilung der Kommission über die GAP nach 2013.
Paket zur Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse	Legislativ- und Nicht-Legislativmaßnahme	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neufassung der Vorschriften zu geographischen Angaben.</li> <li>- Prüfung der Durchführbarkeit der Festlegung spezifischer fakultativer vorbehaltener Angaben, wie „Erzeugnis der Berglandwirtschaft“.</li> <li>- Gegebenenfalls Festlegung einer generellen Basisnorm für die Vermarktung und angemessene Kennzeichnung des Erzeugungsorts im Rahmen der Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse.</li> <li>- Leitlinien für Regelungen zur Qualitätszertifizierung von Agrarerzeugnissen.</li> </ul>
Anpassung der Verordnungen des Rates (EG) 1290/2005 (Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik), 1234/2007 (einzige GMO), 247/2006 (POSEI) u. a. m.	Legislativmaßnahme	Ziel ist es, die delegierten Befugnisse und die Durchführungsbefugnisse der Kommission an den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) anzupassen.
Bericht über die Milchquoten nach dem GAP-Gesundheitscheck (Artikel 184 Absatz 6 der VO 1234/2007)	Nicht-Legislativmaßnahme	Gemäß den Schlussfolgerungen aus dem Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik vom November 2009 wird die Kommission zwei Berichte über den Milchsektor vorlegen, den ersten vor 2011, den zweiten vor 2013, unter besonderer Berücksichtigung der angestrebten „sanften Landung“ des Milchsektors bei Auslaufen der Quotenregelung. Dies ist der erste der beiden Berichte.
Legislativvorschlag im Anschluss an die Mitteilung der Kommission „Bessere Ausrichtung der Beihilfen für Landwirte in Gebieten mit naturbedingten Nachteilen“ (Benachteiligte Gebiete)	Legislativmaßnahme	Unterstützung für die benachteiligten Gebiete mit dem Ziel, durch dauerhafte Nutzung landwirtschaftlicher Flächen zur Erhaltung des ländlichen Lebensraums und zur Erhaltung und Förderung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen beizutragen. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums.
Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe „Milch“	Legislativ- und Nicht-Legislativmaßnahmen	Die hochrangige Gruppe wird ihren Bericht im Juni 2010 fertig stellen. Legislativvorschläge und andere Initiativen können folgen.

<sup>1</sup> (\*\*), „Soft law-Initiativen“ (Initiativen des nichtzwingenden Rechts).



<b>Haushalt</b>		
<b>Vorschlag für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen</b>		Festlegung der haushaltspolitischen Prioritäten und des Vorschlags für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den nächsten Zeitraum.
Dreijährliche Überprüfung der Haushaltsordnung und der Durchführungsbestimmungen	Legislativmaßnahme	Zweck der Überarbeitung der Haushaltsordnung ist es, die Direktwirkung von Haushaltsmitteln (Fonds auf Gegenseitigkeit, Internationale Finanzinstitutionen, öffentlich-private Partnerschaften) zu verbessern, das Leistungsprinzip bei Finanzhilfen zu fördern und die Rechenschaftspflicht im Hinblick auf den Haushaltsvollzug zu stärken.
Bericht über das Funktionieren der Interinstitutionellen Vereinbarung	Nicht-Legislativmaßnahme	Bericht mit einer eingehenden Untersuchung des Funktionierens der derzeitigen Interinstitutionellen Vereinbarung (IV) – gemäß der Erklärung 1 zu der IV, gegebenenfalls ergänzt um relevante Vorschläge.
<b>Klimapolitik</b>		
<b>Mitteilung über die Einbeziehung des Klimaschutzes und entsprechender Anpassungsmaßnahmen in andere EU-Politikbereiche und Sicherung der Klimaverträglichkeit von Finanzierungsinstrumenten</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Mitteilung mit einer Strategie und konkreten Maßnahmen, um das Ziel der Abschwächung der Folgen des Klimawandels und entsprechende Anpassungsmaßnahmen in andere Politikbereiche und Finanzierungsinstrumente der EU einzubeziehen. Insbesondere geht es um die Sicherung der Klimaverträglichkeit u. a. in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Industrie und Dienstleistungen, Energie, Verkehr, Forschung und Innovation, Gesundheit, Wasser, Meeresumwelt und Fischerei, Ökosysteme und Artenvielfalt.
Mitteilung über die Prüfung der für die 30 %-ige Senkung der Emissionen erforderlichen konkreten Maßnahmen und Bewertung der Lage energieintensiver Industriezweige	Nicht-Legislativmaßnahme	Prüfung der für eine mehr als 20 %-ige Emissionsverringerung bis 2020 erforderlichen Maßnahmen mit Blick auf die für 2050 angestrebte Verringerung. Dies schließt eine Bewertung der Situation energieintensiver Industriezweige ein, bei denen die Gefahr der Verlagerung von CO <sub>2</sub> -Emissionen besteht.
Mögliche Initiative der Kommission im Hinblick auf eine Verringerung um mehr als 20 % (20 bis 30 %)	Legislativmaßnahme	Je nach dem Ergebnis der Analyse 2010 könnte eine Initiative zur Verbesserung des Emissionsziels (mehr als 20 %) ergriffen werden.
Mitteilung zu einem Fahrplan für den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft bis 2050, u. a. mit Blick auf die Bestimmung der notwendigen Szenarien für das Jahr 2030	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird geprüft werden, welche Etappen, einschließlich der erforderlichen Verringerungsziele bis 2030, im Ablaufplan für 2050 festgelegt werden sollten; dabei wird der Anteil der wichtigsten emittierenden Sektoren berücksichtigt werden.
Vorschlag für eine Überarbeitung bestehender Vorschriften zwecks Einbeziehung des Klimaschutzes und entsprechender Anpassungsmaßnahmen	Legislativmaßnahme	Als Folgemaßnahme zu der Mitteilung über die Anpassung sind spezifische Vorschläge zur Einbeziehung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in verschiedene Politikbereiche und Programme vorgesehen.
Bericht und ggf. Vorschlag zur Überarbeitung der Treibhausgas-Verordnung	Nicht-Legislativmaßnahme/ Legislativmaßnahme	Bewertung der Umsetzung der Treibhausgas-Verordnung. In der Verordnung ist eine Überprüfung vorgesehen, die ggf. durch Legislativvorschläge ergänzt wird.
Überarbeitung der Entscheidung zur Überwachung der Treibhausgas-Emissionen in der EU	Legislativmaßnahme	Vereinfachung und Verbesserung der Anforderungen für die Überwachung und Meldung von Treibhausgasemissionen.

<b>Wettbewerb</b>		
Überprüfung des wettbewerbspolitischen Rahmens für den Kfz-Sektor (Kfz-Freistellungsverordnung)	Legislativmaßnahme und Nicht-Legislativmaßnahme	Im Oktober 2009 nahm die Kommission Entwürfe von Leitlinien und den Entwurf einer Freistellung für den Kfz-Sektor („Kfz-Freistellungsverordnung“) an. Diese sollen die derzeitige Freistellungsverordnung in Bezug auf den Zubehör- und Ersatzteilmarkt ab 1. Juni 2010 und in Bezug auf den Primärmarkt ab 1. Juni 2013 ersetzen. Die öffentliche Anhörung zu den Entwürfen endete im Februar 2010.
Staatliche Beihilfen - Mitteilung über die Versicherung kurzfristiger Exportkredite	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel der Mitteilung ist es, die durch staatliche Beihilfen im Bereich der Versicherung kurzfristiger Exportkredite verursachten Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Sie wird staatliche Beihilfen im Bereich der Versicherung kurzfristiger Exportkredite behandeln. Die gegenwärtige Mitteilung gilt bis Ende 2010, sofern keine Verlängerung oder Überprüfung erfolgt.
Überprüfung der Antitrust-Politik im Hinblick auf horizontale Vereinbarungen: Überprüfung zweier Verordnungen (Spezialisierungs- und FuE-Vereinbarungen) und Leitlinien für die Anwendung von Artikel 101 AEUV auf horizontale Kooperationsvereinbarungen	Legislativmaßnahme und Nicht-Legislativmaßnahme	Überprüfung der derzeitigen Gruppenfreistellungsverordnungen für Spezialisierungs- und FuE-Vereinbarungen, die im Dezember 2010 auslaufen; parallel dazu Überprüfung der Leitlinien für Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit. Ziel ist es, den wirksamen Schutz des Wettbewerbs im Bereich der horizontalen Zusammenarbeit zu gewährleisten und den Unternehmen Rechtssicherheit zu bieten.
Änderung der Umweltschutzleitlinien mit Blick auf das EU-Emissionshandelssystem nach 2013	Nicht-Legislativmaßnahme	Es bedarf einer Änderung der Umweltschutzleitlinien, um Regeln für den Umgang mit Beihilfen im Zusammenhang mit dem Emissionshandelssystem festzulegen (was an das politisch heikle Thema der Verlagerung von CO2-Emissionen rührt).
Vorschlag für eine Verordnung über staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau	Legislativmaßnahme	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Genehmigung von Stilllegungsbeihilfen und Beihilfen für Altlasten im Kohlebergbau. Die geltende Verordnung läuft Ende 2010 aus.
Überprüfung der Rahmenbestimmungen über staatliche Schiffbau-Beihilfen	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Schiffbauindustrie gelten besondere Regelungen für staatliche Beihilfen; so sind insbesondere die Regelungen für regionale Beihilfen und für marktgerechte Innovationsbeihilfen strenger. 2007-2008 wurde die Verlängerung der Schiffbaurahmenbestimmungen um weitere zwei Jahre beschlossen. Alternative Lösungen waren erprobt worden, und die Industrie hatte Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei der Überprüfung wird unter anderem untersucht werden, ob es weiterhin sektorspezifischer Regelungen bedarf, und wenn ja, ob und inwieweit die bestehenden Regelungen geändert werden müssen.
<b>Entwicklung</b>		
<b>Zukunft des EEF</b>	Legislativmaßnahme	Der derzeitige EEF läuft 2013 aus und könnte in den EU-Haushalt einbezogen werden.
Millenniumsziele Frühjahrspaket: (Arbeitspapiere der Kommissionsdienststellen: Wirksamkeit der Hilfe, Millenniumsziele, Hilfe für Handel, Entwicklungsfinanzierung) sowie 1. Arbeitsprogramm zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung mit Blick auf den Gipfel 2010 zur Überprüfung der Millenniumsziele (Frühjahr)	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Paket wird die Mitteilung (Punkt 31) und ergänzende Unterlagen (Fortschritte bei den Millenniumszielen, Entwicklungsfinanzierung, Wirksamkeit der Hilfe, Hilfe für Handel und das erste Arbeitsprogramm zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung) umfassen sowie getrennte Mitteilungen über einen EU-Politikrahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit, Rolle der EU für die Gesundheit weltweit, Steuern und Entwicklung: Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich.

Mitteilung über die Gemeinsame Strategie Afrika-EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Zur Vorbereitung auf den dritten Gipfel EU-Afrika (Tripolis, Nov. 2010) ist Folgendes geplant: Bewertung der Umsetzung der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU sowie der Ergebnisse und Mängel des ersten Aktionsplans (2008-2010), Vorschläge für den nächsten Aktionsplan (2011-2013), Behandlung der politischen und strategischen Dimension der Partnerschaft sowie Empfehlungen zur Stärkung ihrer Wirksamkeit.
Grünbuch zur Budgethilfe	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Umfang der Budgethilfe in unserer externen Kooperation - annähernd die Hälfte der EEF-Programmplanung – erfordert eine offene Debatte über dieses umstrittene Thema, um einen tragfähigen europäischen Konsens über dieses Instrument zu ermöglichen.
Mitteilung über Klimawandel und Entwicklung	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel dieser Initiative ist eine Bilanz des Kopenhagener Gipfels und die Fortsetzung der Anstrengungen auf der Grundlage der dort erzielten Einigung. Eine wichtige Rolle wird dabei die Anschubfinanzierung spielen, zu der sich die EU im Dezember 2009 verpflichtete; dabei wird zu berücksichtigen sein, dass in Kopenhagen vor allem die ärmsten und besonders schutzbedürftigen Entwicklungsländer am engsten mit der EU zusammengearbeitet haben.
Vorschlag für den Ersatz der (auslaufenden) Assoziierung der Überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG)	Legislativmaßnahme	Der Beschluss 2001/822/EG des Rates vom 27.11.2001 über die Assoziation der Überseeischen Länder und Gebiete läuft am 31.12.2013 aus und wird ersetzt werden müssen.
Überprüfung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird auf den Ergebnissen der Überprüfung der Millenniumsziele auf dem Gipfel 2010 aufbauen, falls eine Überprüfung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik von 2005 zweckmäßig erscheint.
Mitteilung über die Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Partnerschaft mit der Wirtschaft eine Strategie für die Wirtschaft in Entwicklungsländern	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel der Initiative ist die Förderung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Dies macht die externe Komponente der umfassenden Wachstumsstrategie Europa 2020 aus.
<b>Digitale Agenda</b>		
Mitteilung über die Breitbandstrategie	Nicht-Legislativmaßnahme	Im allgemeinen Kontext der Digitalen Agenda wird die EU-Breitbandstrategie den politischen Rahmen für Tätigkeiten zur Unterstützung der 100%-igen Breitbandversorgung in der EU und für größere Investitionen in Zugangsnetze der nächsten Generation bilden.
(**) Empfehlung für Zugangsnetze der nächsten Generation	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Kontext der europäischen Digitalen Agenda sollen den nationalen Regulierungsbehörden Leitlinien für die künftige Gestaltung von Abhilfemaßnahmen, die Zugangsnetze der nächsten Generation im Interesse einer einheitlicheren Regulierung im Binnenmarkt betreffen, an die Hand gegeben werden.
Funkfrequenzpolitik	Legislativmaßnahme	Ziel der auf mehrere Jahre angelegten Funkfrequenzpolitik ist die Festlegung strategischer Orientierungen für die Frequenzpolitik der EU; unter anderem müssen die Frequenzen ermöglichen, dass die EU wesentliche Ziele wie die Entwicklung der Hochgeschwindigkeitskommunikation für jedermann erreicht.
Beschluss über das 800-MHz-Band	Legislativmaßnahme	Beschluss zur technischen Harmonisierung und Festlegung von Mindestbedingungen, die von den Nutzern des 800-MHz-Bands für andere als terrestrische Rundfunkdienste einzuhalten sind.
Zukunft des Universaldienstes und der	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Mitteilung wird Teil der Folgemaßnahmen zu der Erklärung sein, die die Kommission 2009 vor

Nutzerrechte		dem Europäischen Parlament zum Universaldienst abgab. In der Mitteilung sollen die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation über die künftigen Grundsätze des Universaldienstes zusammengefasst (1. Hälfte 2010) werden; außerdem soll geprüft werden, ob die Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG aktualisiert werden muss.
E-Signatur-Richtlinie	Legislativmaßnahme	Rahmen für die elektronische Identität und Authentifizierung.
Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste	Nicht-Legislativmaßnahme	Fahrplan 2011-15 zur Festlegung der Ziele und operativen Schritte zur Einführung interoperabler elektronischer Patientenakten und telemedizinischer Dienste.
(**) IT-Sicherheitsstandards im öffentlichen Auftragswesen	Nicht-Legislativmaßnahme	Empfehlung des Rates zur Förderung der Annahme von IT-Sicherheitsstandards im öffentlichen Auftragswesen (z. B. ISO/IEC 15408: Kriterien für die Bewertung der Sicherheit von Systemen der Informationstechnik).
Verordnung für eine modernisierte Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)	Legislativmaßnahme/Nicht-Legislativmaßnahme	Die Verordnung zur Gründung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) läuft im März 2012 aus.
Bericht über den Stand der Entwicklungen der Roamingdienste in der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Gemäß der geänderten Roaming-Verordnung muss die Europäische Kommission vor dem 30. Juni 2011 das Funktionieren der Verordnung prüfen und feststellen, ob ihre Ziele erreicht wurden.
Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird Vorschläge für politische Leitlinien für die internationale Zusammenarbeit und die Widerstandsfähigkeit und Stabilität des Internets enthalten.
Überprüfung der Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors	Legislativmaßnahme	Die Überprüfung wird sich auf den Anwendungsbereich der Richtlinie und die Begrenzung der Gebühren für die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors beziehen und klarstellen, dass grundsätzlich alle allgemein zugänglichen Informationen auch für kommerzielle und nicht-kommerzielle Zwecke weiterverwendet werden können.
(**) Europäisches Vertrauensiegel	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Empfehlung zielt auf ein EU-Siegel, das nur grenzüberschreitende Web-Dienste, welche den Vorschriften entsprechen, nutzen dürfen.
<b>Wirtschaft und Finanzen</b>		
Mitteilung über die externe wirtschaftspolitische Vertretung im IWF und bei der Weltbank	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird die derzeitigen Koordinierungsverfahren berücksichtigen und ein dreistufiges Vorgehen zur Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz des Euro-Raums und der EU-Vertretung im IWF und bei der Weltbank vorschlagen.
Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Garantieleistung der EU für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Garantien für Vorhaben in Drittländern	Legislativmaßnahme	Die EU bietet der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine Haushaltsgarantie zur Deckung der staatlichen und politischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Darlehens- und Garantietransaktionen außerhalb der EU zur Unterstützung der außenpolitischen Ziele der EU („EIB-Mandat für Drittländer“). Die Kommission ist verpflichtet, einen Vorschlag für die zweite Hälfte des Zeitraums 2007-2013 vorzulegen. Für den nächsten Finanzrahmen (2014-2020) soll später ein weiterer Kommissionsvorschlag erarbeitet werden.
Rahmenverordnung zur Makro-Finanzhilfe	Legislativmaßnahme	Straffung der Beschlussfassung bei diesem EU-Außenhilfeinstrument, um es zeitiger und effizienter einsetzen zu können. Die Dringlichkeit von Krisensituationen ist ein überzeugendes Argument für die Vermeidung langwieriger Verfahren und Verzögerungen. Statt aufgrund von Einzelfallentscheidungen sollen Makro-Finanzhilfen an Drittländer, zu denen die Europäische Union wichtige politische, wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen unterhält, künftig auf der Grundlage einer Rahmenverordnung gewährt werden, damit dieses Instrument flexibler eingesetzt werden kann.

Vorschlag für eine Verordnung zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Überarbeitung des ESVG 95 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) (Verordnung 2223/96), um die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Europäischen Union dem neuen wirtschaftlichen Umfeld, den Fortschritten in der methodischen Forschung und dem Bedarf der Nutzer anzupassen. Das neue ESVG soll weiterhin als methodischer Bezugsrahmen für die Erarbeitung der hochwertigen Daten dienen, die zur Unterstützung der Umsetzung wichtiger EU-Maßnahmen benötigt werden. Die Überarbeitung wird Gelegenheit bieten, die vom ESVG 95 gesetzten Standards zu verbessern und zielgerechter auf die verschiedenen Zwecke in der EU auszurichten. Es soll ein möglichst stark integriertes System entwickelt werden.
Konvergenzbericht 2010	Nicht-Legislativmaßnahme	Sowohl die Kommission als auch die EZB erarbeiten einen Konvergenzbericht gemäß dem Verfahren in Artikel 140 Absatz 1 AEUV. Die positive Konvergenzbewertung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten könnte zu einer Erweiterung der Eurozone führen.
Mitteilung über die öffentlichen Finanzen in der WWU 2010	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung über öffentliche Finanzen in der WWU-2010 wird aufzeigen, welche politischen Folgen und Herausforderungen sich aus dem jährlichen Bericht über die öffentlichen Finanzen ergeben. In diesem Bericht wird die budgetäre Entwicklung in den Mitgliedstaaten überprüft, außerdem werden aktuelle Themen im Bereich Finanzpolitik und Haushaltsüberwachung diskutiert.
<b>Bildung, Kultur und Jugend</b>		
<b>(**) Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates betreffend Schulabbruch</b>	Legislativmaßnahme	Schulabbruch zählt zu den Schlüsselthemen der Strategie Europa 2020. Die Empfehlung würde den Mitgliedstaaten ein politisches Instrumentarium an die Hand geben, das zur Bekämpfung des Problems eingesetzt werden und zu schnelleren Verbesserungen in der EU beitragen könnte.
<b>Vorschlag für ein integriertes Programm „Jugend in Bewegung“ 2014 – 2020 (Phase II)</b>	Legislativmaßnahme	Gemäß der Initiative „Jugend in Bewegung“ wird das Programm im Interesse einer integrierten Unterstützung der Programmziele von „Jugend in Bewegung“ die Programme „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend“ sowie externe Maßnahmen bündeln.
Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates für eine strategische Innovationsagenda für das ETI und die Änderung der ETI-Verordnung	Legislativmaßnahme	Gemäß der ETI-Verordnung sollen im Rahmen der strategischen Innovationsagenda Vorschläge für die Vorgaben, Aktionen und Ressourcen für die kommenden sieben Jahre erarbeitet werden.
Mitteilung über die Bestimmungen des Lissabon-Vertrags für den Sportbereich	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird Vorschläge für die Umsetzung der neuen Zuständigkeit für Sport enthalten, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergibt; vorgesehen ist außerdem ein Rahmen für die politische Zusammenarbeit.
Grünbuch zur Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft	Nicht-Legislativmaßnahme	In dem Grünbuch soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die Rahmenbedingungen zur Stärkung des Beitrags der Kreativ- und Kulturwirtschaft zu Europas ökologischem wissensgestützten Wachstum verbessern lassen.
Mitteilung über neue Anstöße für die europaweite Zusammenarbeit im Bereich Berufsbildung: 2010 – 2020	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird eine Reihe von Leitlinien für die Unterstützung der Modernisierung der Berufsbildungspolitik enthalten. Sie dient als Beitrag zu dem Ende 2010 geplanten Ministertreffen in Brügge.
Mitteilung der Kommission zu den Chancen und Herausforderungen für das europäische Kino im Digitalzeitalter	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Anschluss an eine öffentliche Konsultation wird die Kommission die gegenwärtige Lage des Marktes für digitales Kino prüfen, ihre diesbezügliche Politik (auch hinsichtlich staatlicher Beihilfen) festlegen und die neuen Pläne für die Unterstützung im Rahmen von MEDIA bezüglich der Digitalisierung von Kinos vorstellen.

(**) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über die Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken	Legislativmaßnahme	Teil der Initiative „Jugend in Bewegung“; die Empfehlung wird Vorschläge für Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Möglichkeiten für Lernmobilität und zur Beseitigung von Mobilitätsbarrieren enthalten.
Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Umsetzung der europäischen Kulturagenda	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird sich mit den Fortschritten befassen, die auf europäischer und nationaler Ebene bei der Verwirklichung der strategischen Ziele seit der Annahme der europäischen Kulturagenda 2007 erzielt wurden. Der Bericht dient als Anregung für Überlegungen der Mitgliedstaaten über einen künftigen kulturpolitischen Arbeitsplan ab 2011.
Mitteilung über die Initiative für neue europäische Zuständigkeiten	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung zielt auf die Entwicklung eines auf Schlüsselkompetenzen beruhenden Ansatzes in den Bereichen berufliche Bildung, Erwachsenenbildung und Hochschulbildung, der sich auf die Empfehlung von 2006 zu Schlüsselkompetenzen stützt, und wird einen Vorschlag für einen Europäischen Qualifikationspass enthalten.
Mitteilung der Kommission: Vorschlag für Benchmarks für Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Kommission wurde ersucht, Vorschläge für neue europäische Benchmarks in den Bereichen Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit zu unterbreiten, um festzustellen, wie gut die Menschen durch die verschiedenen Qualifizierungskomponenten bzw. –stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.
(**) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu mobilitätsspezifischen Informationsdiensten für Künstler und Kulturschaffende	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag wird Mindeststandards sowie von einem Netz nationaler Informationsdienste bereitzustellende Dienste vorsehen, damit Künstler und Kulturschaffende die für ihre Mobilität erforderlichen genauen, aktuellen und leicht zugänglichen Informationen erhalten.
Mitteilung der Kommission zur frühkindlichen Erziehung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird die bestehenden umfangreichen Belege (z. B. OECD, Unicef) vorstellen und eine Planung von Arbeiten im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode vornehmen.
Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zum informellen und nicht-formalen Lernen	Legislativmaßnahme	Teil der Initiative „Jugend in Bewegung“. Gegenstand der Empfehlung wird ein politisches Instrumentarium sein, mit dem die Anerkennung des informellen und nichtformalen Lernens gefördert und gewährleistet werden soll.
Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des EP und des Rates über neue kultur- und medienspezifische Maßnahmen 2014-2020	Legislativmaßnahme	Grundlage des Vorschlags werden die Erfahrungen aus den Programmen Kultur 2007-2013 und MEDIA 2007 sein.
Entwurf 2012 Gemeinsamer Zwischenbericht des Rates und der Kommission über die Fortschritte bei den Prioritäten 2020 im Bereich allgemeine und berufliche Bildung für den Zeitraum 2009-11	Nicht-Legislativmaßnahme	Bericht über die Umsetzung der offenen Koordinierung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung im Zeitraum 2009-11 gemäß dem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Aktualisierung der Prioritäten für den folgenden Zeitraum.
Mitteilung über die Modernisierung der Hochschulbildung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die bestehenden Ziele sollen überarbeitet und neue Ziele vorgeschlagen werden. U. a. könnte ein System zur Sicherung der Transparenz und zur Einführung eines Hochschul-Rankings vorgeschlagen werden.
Mitteilung der Kommission: Vorschlag für eine neue Benchmark für Sprachkenntnisse	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Kommission wird einen Vorschlag für eine neue europäische Benchmark im Bereich Sprachkenntnisse vorlegen. Der Vorschlag ist im Kontext der bestehenden Indikatoren und Benchmarks für allgemeine und berufliche Bildung zu sehen und wird sich auf die Verbesserung der europäischen Transparenz in Bezug auf den Erwerb von Sprachkenntnissen richten, mit dem Ziel der Förderung der Sprachkenntnisse, Flexibilität und Mobilität europäischer Arbeitnehmer.

<b>Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Eingliederung</b>		
<b>Renteninitiative</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Entsprechend den Ergebnissen des Grünbuchs (2010) und der weiteren Untersuchung möglicher EU-Maßnahmen könnte die Kommission besondere Initiativen in bestimmten Bereichen einleiten oder ein breiter angelegtes Weißbuch vorlegen, in dem Möglichkeiten zur Aktualisierung des EU-Rahmens für Renten aufgezeigt würden.
<b>Vorschlag zur Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern</b>	Legislativmaßnahme	Die Initiative stellt auf die bessere Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern ab. Der Vorschlag wird die rechtlichen Verpflichtungen der nationalen Behörden, Unternehmen und Arbeitnehmer bei der Umsetzung der Richtlinie klären und sicherstellen, dass dieselben Regeln allgemein angewendet werden. Ein neuer Rechtsakt würde zur Verbesserung der Information von Unternehmern und Beschäftigten beitragen. Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden würde verbessert, die Anwendung durch Sanktionen und Abhilfen sichergestellt und Missbrauch verhütet werden.
<b>Legislativvorschlag zum Europäischen Sozialfonds</b>	Legislativmaßnahme	Die Verordnung muss entsprechend den EU-Prioritäten für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 angepasst werden.
Vorschlag zur Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer vor den Risiken durch die Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Wahrung eines hohen Schutzes der Arbeitnehmer unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Besorgnisse einiger Interessenträger, insbesondere in jenen Bereichen des Gesundheitswesens, in denen für fortgeschrittene Diagnoseverfahren und medizinische Eingriffe MRT (Magnetresonanztomographie) eingesetzt wird.
Mitteilung zu einer EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010-2020	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel ist es, Diskriminierung aufgrund von Behinderungen zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, dass Menschen mit einer Behinderung ihre Grundrechte und –freiheiten uneingeschränkt ausüben können.
Vorschlag zur Änderung mehrerer EG-Richtlinien zum Arbeitsrecht mit dem Ziel, Seeleute und Schiffe in ihren Anwendungsbereich einzubeziehen	Legislativmaßnahme	Durch den Vorschlag soll Seeleuten dasselbe Niveau an Beschäftigungsrechten wie Arbeitnehmern auf dem Festland geboten werden. Bei mehreren Richtlinien im Bereich des Arbeitsrechts sind Seeleute derzeit aus dem Anwendungsbereich ausgeschlossen. Durch die Änderungen, die mehrere Richtlinien betreffen dürften, werden Seeleute entweder in den Anwendungsbereich einbezogen werden, oder für Seeleute wird eine Sonderbehandlung vorgesehen, um ein gleichwertiges Schutzniveau zu gewährleisten; dabei soll den besonderen Umständen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage dieses Wirtschaftszweigs Rechnung getragen werden.
Vorschlag für eine EGF-Verordnung 2013-2020	Legislativmaßnahme	2011 wird die Kommission eine Halbzeitbewertung des EGF vornehmen, die sich insbesondere auf die Wirkung des Fonds und die Nachhaltigkeit der Ergebnisse beziehen wird. Die Bewertung wird eine tragfähige Basis für Verbesserungsvorschläge zur Vorbereitung von Maßnahmen und zu den Arten von Maßnahmen, die der EGF kofinanzieren kann, sowie für Überlegungen zur konkreten Verbesserung der Ergebnisse bieten.
Vorschlag für einen Beschluss über das Programm PROGRESS 2013-2020	Legislativmaßnahme	PROGRESS ist das 2007 aufgelegte EU-Programm für Beschäftigung und Solidarität.
Vorschläge zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Legislativmaßnahme	Nach der Einigung im Rat über die Überarbeitung der Richtlinie 96/34/EG über Elternurlaub, in der auch der Adoptionsurlaub geregelt ist, wird die Kommission unter Berücksichtigung der Fortschritte und Ergebnisse der laufenden Verhandlungen über die Änderung der Richtlinie 92/85/EG weitere Schritte zur Verbesserung des rechtlichen und politischen Rahmens für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unternehmen. Zu diesem Zweck wird 2010 eine Kosten-Nutzen-Analyse im Hinblick auf eine etwaige Initiative zum Vaterschaftsurlaub durchgeführt.

<b>Energie</b>		
<b>Mitteilung zu dem überarbeiteten Aktionsplan für Energieeffizienz</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird die Schlüsselmaßnahmen zur Realisierung der Einsparpotenziale von 20 % bis 2020 insbesondere in den Bereichen Gebäude, Stromversorgung und Transport aufzeigen. Ergänzend können Legislativvorschläge, z. B. eine Neufassung der Richtlinie zu Energiedienstleistungen, vorgelegt werden. Parallel dazu sollen die aus dem ersten Aktionsplan für Energieeffizienz gewonnenen Erfahrungen geprüft werden.
<b>Aktionsplan für Energieeffizienz 2011 - 2020"</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Bereitstellung eines ganzheitlich angelegten Strategiepapiers mit den Handlungsschwerpunkten für den Zeitraum 2011-2020.
<b>Fahrplan für ein Energiesystem mit geringem CO2-Ausstoß</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird dargelegt werden, welche Schritte erforderlich sind, um bis 2050 das ehrgeizige Ziel eines Energiesystems mit geringem CO2-Ausstoß zu erreichen.
Mitteilung über die Implementierung des Nachhaltigkeitsplans für Biokraftstoffe	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird den Mitgliedstaaten und Wirtschaftsbeteiligten Orientierung bei der Implementierung der Nachhaltigkeitskriterien bieten. Sie wird außerdem „freiwillige Regelungen“ unterstützen und „Standardwerte“ im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsplan aktualisieren bzw. zufügen.
Vorschlag zur Transparenz und Integrität des Handels auf dem Außernetzverkaufsmarkt	Legislativmaßnahme	Gegenstand des Vorschlags werden die Transparenz und Integrität der europäischen Energiehandelsmärkte sein. Es sollen Regeln für das Marktverhalten und ein Rechtsrahmen für die Kontrolle und Überwachung dieser Märkte festgelegt werden. Auf jeden Fall sollen Strom und Erdgas und möglicherweise CO2 einbezogen werden.
Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Nuklearabfall	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag wird einen gemeinsamen europäischen Rahmen festlegen, mit dem europaweit ein hohes Maß an Sicherheit beim Umgang mit Nuklearabfall und abgebrannten Brennstoffen erreicht und bewahrt werden soll. Dieser Rahmen könnte auf international anerkannte Sicherheitsgrundsätze gestützt werden und die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, spezielle nationale Programme mit einem festen Zeitplan für die Umsetzung zu erarbeiten.
Mitteilung zur Kernenergie – Aktualisierung des Hinweisenden Nuklearprogramms	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung sollen die neuesten Gegebenheiten betreffend die einschlägigen Maßnahmen der Mitgliedstaaten sowie Entscheidungen und Erfordernisse bezüglich Investitionen im Nuklearsektor geprüft werden. Behandelt werden sollen u. a. Kapazitätsfragen, der Beitrag der Kernenergie zur Entkarbonisierung der Stromerzeugung und der Energiemix.
Interimsdokument zur Vorbereitung des Aktionsplans Energie und des Ablaufplans für die Verringerung des CO2-Ausstoßs bis 2050	Nicht-Legislativmaßnahme	In diesem Papier sollen die relevanten Probleme aufgezeigt werden. Dies wird der Kommission die Möglichkeit geben, auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni und einer anschließenden Konsultation im zweiten Halbjahr 2010 bis 2011 einen detaillierten energiepolitischen Aktionsplan und einen Fahrplan für die angestrebte Senkung der CO2-Emissionen zu erarbeiten.
Mitteilung über Nuklearmedizin und Radioisotope	Nicht-Legislativmaßnahme	Gegenstand der Mitteilung werden die Nutzung ionisierender Strahlung für medizinische Zwecke und die verfügbaren europäischen und internationalen Rechtsinstrumente sein. Behandelt werden soll der Schutz von Patienten und medizinischem Personal gemäß den Euratom-Strahlenschutzrichtlinien; ein weiteres Thema wird die Sicherheit der Versorgung mit Radioisotopen sein. Vorgesehen ist vor allem die Festlegung besonderer Initiativen, die auf die ausreichende Produktion der für die Nuklearmedizin erforderlichen Radioisotope zielen.



Mitteilung über regionale Initiativen	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird Mitgliedstaaten, Aufsichtsbehörden und Interessenträgern Orientierung zu den regionalen Initiativen bieten. Sie wird Vorschläge dazu enthalten, wie sich innerhalb der regionalen Initiativen weitere Fortschritte erzielen lassen, die einen Beitrag zum Energie-Binnenmarkt leisten können. Außerdem wird die Mitteilung Vorschläge zu bewährten Praktiken im Zusammenhang mit regionalen Initiativen enthalten.
Legislativvorschlag für Vorschriften zu intelligenten Netzen	Legislativmaßnahme	Diese Vorschriften werden die verschiedenen Aspekte der Errichtung intelligenter Netze, einschließlich Datenschutz, Elektrofahrzeuge und offener Netzzugang, betreffen.
<b>Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik</b>		
Jährliches Erweiterungspaket	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Rat hat die Kommission ersucht, regelmäßig über die Kandidatenländer und die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligten Länder zu berichten. Das Strategiepapier der Kommission ermöglicht dem Europäischen Rat, Ende jeden Jahres die wichtigsten strategischen Leitlinien zur Erweiterung festzulegen.
Stellungnahme der Kommission zu Montenegro	Nicht-Legislativmaßnahme	Prüfung der Fähigkeit Montenegros, die Kriterien von Kopenhagen für die EU-Mitgliedschaft sowie die für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess vorgegebenen Bedingungen zu erfüllen, Prüfung der möglichen Auswirkungen eines Beitritts Montenegros auf relevante EU-Maßnahmen sowie Empfehlungen an den Rat zu seiner Antwort auf den Antrag Montenegros.
Stellungnahme der Kommission zu Albanien	Nicht-Legislativmaßnahme	Prüfung der Fähigkeit Albaniens, die Kriterien von Kopenhagen für die EU-Mitgliedschaft sowie die für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess vorgegebenen Bedingungen zu erfüllen, Prüfung der möglichen Auswirkungen eines Beitritts Albaniens auf relevante EU-Maßnahmen sowie Empfehlungen an den Rat zu seiner Antwort auf den Antrag Albaniens.
Jährliches Paket zur Europäischen Nachbarschaftspolitik	Nicht-Legislativmaßnahme	Mitteilung mit einer Bilanz der ENP, in der die in der Region erzielten Fortschritte sowie sonstige nennenswerte politische oder wirtschaftliche Tendenzen beschrieben werden sollen; zur Ergänzung sind 13 Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen vorgesehen: 12 Berichte über die einzelnen Länder und ein Sektorbericht über Fortschritte in eher technischen Bereichen.
<b>Umwelt</b>		
Abschließende Bewertung des sechsten Umwelt-Aktionsprogramms	Nicht-Legislativmaßnahme	Abschließende Bewertung des sechsten Umwelt-Aktionsprogramms für den Zeitraum 2002-2012.
Überprüfung der Liste der prioritären Stoffe in Bezug auf die Rahmenrichtlinie Wasserpolitik	Legislativmaßnahme	Gemäß der Rahmenrichtlinie Wasserpolitik muss die Kommission die Liste der prioritären Stoffe alle vier Jahre überprüfen; die Frist für den nächsten Vorschlag ist Januar 2011. Prioritäre Stoffe sind Stoffe, welche die aquatische Umwelt auf EU-Ebene gefährden oder über die aquatische Umwelt auf EU-Ebene eine Gefahr darstellen können. Sie sind Teil der Grundlage der EU-Strategie zur Bekämpfung der chemischen Verschmutzung in EU-Gewässern.
Fahrplan zu einem ressourcenschonenden emissionsarmen Europa im Jahr 2020	Nicht-Legislativmaßnahme	In dem Fahrplan soll ein kohärenter Rahmen für Politiken und Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen aufgestellt werden, die für den Übergang zu einer ressourcenschonenden und emissionsarmen Wirtschaft, welche materielle und natürliche Ressourcen effizient nutzt, erforderlich sind. Ziel ist es, bis 2020 die Ressourcenproduktivität zu steigern und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcen- und Energienutzung zu entkoppeln, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, in der EU die Energieversorgungssicherheit zu fördern und darauf hinzuwirken, dass die EU ressourcenunabhängiger wird.

Richtlinie über die Wassereffizienz von Gebäuden	Legislativmaßnahme	Die Aufgabe, die Wassereffizienz von Gebäuden zu verbessern, ergibt sich aus der Umsetzung der Mitteilung über Wasserknappheit und Dürre. Das Potenzial für Wassereinsparungen in der EU beträgt schätzungsweise 40 %. Zur Förderung der Wassereinsparungen in öffentlichen und privaten Gebäuden könnten verbindliche Regeln ins Auge gefasst werden.
<b>Gesundheit und Verbraucher</b>		
<b>EU-Strategie für Pflanzengesundheit</b>		Ziel ist es, die geltende Pflanzenschutzregelung zu modernisieren und Prävention in den Mittelpunkt zu stellen.
<b>Grünbuch betreffend die Förderung alternativer Methoden der Streitbeilegung in der EU</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Durch die Förderung alternativer Methoden der Streitbeilegung wird sich das Vertrauen der Verbraucher in den grenzüberschreitenden Einkauf verbessern, und das Funktionieren des Binnenmarktes wird gestärkt werden. Diese Initiative steht im Zusammenhang mit dem Weißbuch über kollektive Rechtsbehelfe.
(**) Empfehlung des Rates zur Bereitschafts- und Reaktionsplanung der EU mit Blick auf eine Influenzapandemie		Die Initiative wird die Wirkung und Leistungsfähigkeit der europäischen Gesundheitsfürsorgesysteme unterstützen und die Reaktionen der Mitgliedstaaten im Falle menschlicher Pandemien koordinieren helfen. Sie wird dazu beitragen, die Auswirkungen auf die Gesellschaft zu begrenzen, die Stabilität zu erhöhen und unnötigen wirtschaftlichen Schaden zu verhüten.
Mitteilung über die Bereitschaftsplanung für eine Pandemie	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Initiative wird die Wirkung und Leistungsfähigkeit der europäischen Gesundheitsfürsorgesysteme unterstützen und die Reaktionen der Mitgliedstaaten im Falle menschlicher Pandemien koordinieren helfen. Sie wird dazu beitragen, die Auswirkungen auf die Gesellschaft zu begrenzen, die Stabilität zu erhöhen und unnötigen wirtschaftlichen Schaden zu verhüten.
(**) Empfehlung der Kommission zu einer harmonisierten Methodik für die Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden in der EU		Entwicklung eines EU-weiten Ansatzes für die Nutzung einer harmonisierten Methodik für die Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden und Verbraucheranfragen. Ziel ist die Gewinnung vergleichbarer Daten auf EU-Ebene, die bei Entscheidungen verwendet werden können.
Verbrauchermarktanzeiger - Den Markt für die Verbraucher nutzen	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Anzeiger gewährleistet eine regelmäßige Kontrolle, aus der hervorgeht, welche Märkte in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse für die Verbraucher nicht zufriedenstellend funktionieren, und wo Interventionen erforderlich sein könnten. Der Anzeiger selbst zeigt die problematischen Märkte auf EU- und nationaler Ebene auf; Marktstudien identifizieren die Probleme im Einzelnen sowie mögliche Abhilfemaßnahmen. Im Sinne eines faktengestützten Ansatzes kann der Anzeiger einen wichtigen Beitrag zur intelligenten Regulierung leisten.
Vorschlag für ein Kooperationsabkommen mit den Vereinigten Staaten über die rechtliche Durchsetzung von Verbraucherschutzrechten	Legislativmaßnahme	Ziel ist ein internationales verbraucherschutzrechtliches Instrument, das es erlaubt, Ansprüche gegenüber US-Unternehmen geltend zu machen und somit den Schutz der EU-Verbraucher zu erhöhen.
Verordnung des Rates zur Überprüfung der Vorschriften über den Verkehr mit Saatgut und Vermehrungsmaterial	Legislativmaßnahme	Hauptziel ist der Ersatz der zwölf Richtlinien über Saatgut und Vermehrungsmaterial im Rahmen der besseren Rechtsetzung, um die Identität und Qualität von Saatgut und Vermehrungsmaterial zu gewährleisten und das Funktionieren des Binnenmarktes in diesem Bereich sicherzustellen.
Tiergesundheitsgesetz	Legislativmaßnahme	Mit dem neuen Tiergesundheitsgesetz soll eine klarere Regulierungsstruktur im Bereich Tiergesundheit in der EU eingeführt werden.

Neue Politik für den Anbau von GVO		Nach der Präsentation politischer Leitlinien wird die Kommission bis Ende Juni eine konkrete Initiative über die Entscheidungsfreiheit der Mitgliedstaaten in Bezug auf den Anbau von GVO auf ihrem Gebiet erarbeiten.
Bericht über die Umsetzung der Tiertransport-Verordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	Gemäß Artikel 32 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport wird die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Auswirkungen dieser Verordnung auf das Wohlbefinden transportierter Tiere und auf die Handelsströme mit lebenden Tieren unterbreiten. Diesem Bericht werden gegebenenfalls geeignete Legislativvorschläge beigefügt werden.
Bericht an das EP und den Rat über die Tierklonung	Nicht-Legislativmaßnahme	Es soll ein schlüssiger Ansatz zu Innovationstechnologien für den Lebensmittelbereich (Klonen, Nanotechnologie, genetisch veränderte Tiere) vorgestellt werden. Auf der Grundlage des Berichts an das EP und den Rat wird die Kommission eine breite Konsultation der Interessenträger vorbereiten.
Überprüfte Richtlinie oder Verordnung über Medizinprodukte	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Vereinfachung und Stärkung der Regeln zur Gewährleistung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus bei gleichzeitiger Gewährleistung eines reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes.
Überprüfte Richtlinie über klinische Versuche	Legislativmaßnahme	Die Richtlinie über klinische Versuche soll geändert werden, um festgestellte Mängel zu beseitigen.
Überprüfung der Richtlinie 2001/37/EG über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen	Legislativmaßnahme	Infolge wesentlicher Entwicklungen bei den Regelungen für Tabakerzeugnisse muss die Richtlinie aktualisiert werden. Änderungen der Richtlinie sollten dazu genutzt werden, Jugendliche und schutzbedürftige Gruppen stärker in den Blick zu nehmen.
Mitteilung zur zweiten EU-Strategie für Tierschutz und Tiergesundheit (2011-2015)	Nicht-Legislativmaßnahme	Durch diese Initiative sollen die künftigen Maßnahmen der EU in diesem Bereich in einem Strategiepapier konsolidiert werden, das die Integration der künftigen Arbeiten sicherstellt und dafür sorgt, dass die künftigen Maßnahmen innerhalb und außerhalb der EU verstanden werden. Die Strategie entspricht der Forderung von Interessenträgern und des EP nach der Entwicklung von EU-Tierschutzmaßnahmen, wobei den Gesamtkosten und ihren Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors Rechnung getragen werden muss.
Überprüfung der Verordnung 882/2004 über amtliche Kontrollen entlang der Lebensmittelkette	Legislativmaßnahme	Es findet bereits eine Überprüfung der Finanzierung amtlicher Kontrollen („Inspektionsgebühren“) unter Bezugnahme auf die Regeln statt. Diese Regeln konnten nicht bewirken, dass das wichtigste Ziel der Verordnung erreicht wird, d. h. dass den Mitgliedstaaten ausreichende Finanzmittel für eine wirkungsvolle Durchführung der amtlichen Kontrollen zur Verfügung stehen und die knappen öffentlichen Ressourcen für Kontrollen so effizient wie möglich zugeteilt und verwendet werden.
Überprüfung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit	Legislativmaßnahme	Nach wiederholten Warnmeldungen in Bezug auf die Produktsicherheit zeigt sich, dass es eines flexiblen Systems bedarf, welches EU-weit rascher, effizienter und regelmäßiger funktioniert und sich an die Herausforderungen der Globalisierung anpassen lässt.
Vorschlag für ein Kooperationsabkommen mit den USA über die Produktsicherheit bei Verbrauchsgütern	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Verbesserung des Informationsaustauschs über gefährliche Erzeugnisse, Verletzungen sowie in den EU-Mitgliedstaaten und in den USA getroffene Korrekturmaßnahmen. Dies wird der EU ermöglichen, den Markt (bzw. die Einfuhren) genauer zu überwachen und gezieltere Durchsetzungsmaßnahmen zu treffen, wodurch sich die Sicherheit von Verbrauchsgütern erhöhen wird.
Überprüfte Richtlinie über Tierarzneimittel	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Verbesserung der Verbrauchersicherheit und des Tierschutzes sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Tierarzneimittelindustrie.

Vorschlag zur Änderung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz Nr. 2006/2004	Legislativmaßnahme	Nach der Vorlage des Berichts über die Umsetzung im Jahre 2011 kann eine Überarbeitung der Verordnung zwecks Beseitigung von Mängeln in Betracht gezogen werden.
<b>Innere Angelegenheiten</b>		
<b>Legislativvorschlag zur Einführung eines Einreise-/Ausreisystems</b>	Legislativmaßnahme	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Einreise-/Ausreisystems und Festlegung der Anforderungen und Verfahren für die Registrierung, Speicherung und Abfrage der Daten über die Einreise und Ausreise von Drittstaatsangehörigen an den EU-Außengrenzen
<b>Legislativvorschlag zur Einführung eines Registrierungsprogramms für Reisende (RTP)</b>	Legislativmaßnahme	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Einreise-/Ausreisystems und Festlegung der Anforderungen und Verfahren für die Registrierung, Speicherung und Abfrage der Daten über die Einreise und Ausreise von Drittstaatsangehörigen an den EU-Außengrenzen
Vorschlag für eine Richtlinie über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer innerbetrieblichen Versetzung	Legislativmaßnahme	Es sollen gemeinsame Verfahren zur Regelung der Einreise innerbetrieblich versetzter Arbeitnehmer in die EU sowie zur Regelung des befristeten Aufenthalts und der Wohnsitznahme dieser Arbeitnehmer in der EU im Rahmen des strategischen Plans zur legalen Zuwanderung von 2005 festgelegt werden; die Zulassung innerbetrieblich versetzter Arbeitnehmer soll nach einem transparenten, vereinfachten Verfahren erfolgen
Vorschlag für eine Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks saisonaler Beschäftigung	Legislativmaßnahme	Es sollen gemeinsame Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Saisonarbeitern aus Drittstaaten festgelegt werden. Dies ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets, das im strategischen Plan zur legalen Zuwanderung von 2005 vorgeschlagen wurde. Im Einzelnen zielt der Vorschlag darauf ab, eine besonders benachteiligte Gruppe von Arbeitnehmern aus Drittländern rechtlich abzusichern, sie besser vor Ausbeutung zu schützen und eine Politik für den Bereich der zirkulären Migration zu entwickeln
Mitteilung über einen Aktionsplan für unbegleitete minderjährige Migranten	Nicht-Legislativmaßnahme	Es sollen Lösungen für die Bewältigung der Neuzuwanderung einer großen Zahl von unbegleiteten Minderjährigen in das Hoheitsgebiet der EU vorgeschlagen werden. Der Aktionsplan wird die einschlägigen Legislativ- und Finanzierungsinstrumente untermauern und ergänzen und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern verbessern.
Bericht über Einwanderung und Asyl (Umsetzung des Europäischen Pakts und ab 2011 des Stockholmer Programms)	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Bericht geht auf den Europäischen Pakt über Einwanderung und Asyl zurück; er liefert Input für die jährliche Debatte im Europäischen Rat und stützt sich auf die Beiträge der Mitgliedstaaten; begleitet wird er von Vorschlägen für Empfehlungen für die Umsetzung des Pakts.
Legislativvorschlag über Angriffe auf Informationssysteme	Legislativmaßnahme	Teil der digitalen Agenda – Ziel ist ein umfassender Schutz von Informationssystemen vor kriminellen Angriffen. Das Schutzniveau (Rahmenbeschluss 2005/222/JI) soll an die neuesten Entwicklungen angepasst werden.
Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung	Nicht-Legislativmaßnahme	Als Follow-up zum Bericht über die Durchführung der Richtlinie 2003/86/EG des Rates über das Recht auf Familienzusammenführung wird die Kommission mit einem Grünbuch eine breiter angelegte Konsultation über die künftige Ausgestaltung der Regelung für die Familienzusammenführung in die Wege leiten.
Mitteilung über ein sektorübergreifendes Konzept für die Übermittlung von Fluggastdatensätzen (PNR) an Drittländer	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung sollen die Grundzüge eines gemeinsamen Konzepts der EU für die Verwendung von Fluggastdatensätzen für Strafverfolgungszwecke und von Fluggastdaten-Abkommen mit Drittländern festgelegt werden. Möglicherweise wird ergänzend dazu auch ein Legislativvorschlag für eine PNR-Regelung der EU vorgelegt.

Legislativvorschlag über Ausgangsmaterialien für Explosivstoffe	Legislativmaßnahme	Beitrag zur Terrorismusbekämpfung und zum besseren Schutz der EU-Bürger durch Maßnahmen zur Minderung der Risiken einer missbräuchlichen Verwendung von Chemikalien, die als Ausgangsmaterialien für Explosivstoffe eingesetzt werden können, für kriminelle und darunter auch terroristische Zwecke. Vorgesehen sind (mengenmäßige) Beschränkungen des Verkaufs bestimmter Substanzen und die Verpflichtung zur Meldung der Käufer.
Mitteilung über die Stärkung der Solidarität innerhalb der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Schaffung eines kohärenten und umfassenden Rahmens für die gerechtere Verteilung der Verantwortung für Asylsuchende und Personen, die internationalen Schutz genießen, in der EU.
Vorschlag für einen neuen Rechtsrahmen für die Einziehung von Vermögenswerten	Legislativmaßnahme	Mit dem neuen Rechtsrahmen sollen die Konfiszierung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der EU erleichtert werden.
Legislativvorschlag über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ersetzt den Vorschlag der Kommission von 2006)	Legislativmaßnahme	Änderung des Kommissionsvorschlags von 2006 durch Einführung umfassender strafrechtlicher Sanktionen (einheitliche Definition des Straftatbestands, einheitliches Strafmaß und einheitliche Strafe) in den Mitgliedstaaten; Einstufung der Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums als Straftat.
Mitteilung zu einer EU-Integrationsagenda und Entwicklung eines Koordinierungsmechanismus	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung soll eine zweite Phase der gemeinsamen Integrationsagenda einleiten, in der die vorhandenen integrationspolitischen Koordinierungsinstrumente verbessert und neue Instrumente entwickelt werden sollen, darunter europäische Integrationsmodelle.
Vorschlag zur Überprüfung der Richtlinie 2006/24/EG (Vorratsspeicherung von Daten)	Legislativmaßnahme	Im Anschluss an die Bewertung der geltenden Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten und nach den jüngsten Urteilen von Verfassungsgerichten der Mitgliedstaaten sollen durch eine Änderung der Richtlinie die Pflichten zur Vorratsspeicherung mit den Erfordernissen der Strafverfolgung, dem Datenschutz (Recht auf Privatsphäre) und den Auswirkungen auf den Binnenmarkt (Wettbewerbsverzerrungen) in Einklang gebracht werden.
Mitteilung über eine umfassende Strategie zur Korruptionsbekämpfung	Nicht-Legislativmaßnahme	Mitteilung über eine umfassende Strategie zur Korruptionsbekämpfung: u. a. Einführung eines Bewertungsverfahrens sowie Modalitäten der Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats.
Legislativvorschlag zur Änderung des Schengener Grenzkodexes	Legislativmaßnahme	Änderung des Schengener Grenzkodexes im Hinblick auf (1) technische Neuerungen und (2) technische Änderungen im Zusammenhang mit den Vorschlägen für ein Einreise-/Ausreisensystem und/oder ein Registrierungsprogramm für Reisende.
Mitteilung über ein ESTA-System der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Einige Drittländer haben ein ESTA-System eingeführt (ein System, mit dem Drittstaatsangehörige aus auf einer Positivliste verzeichneten Ländern vor Antritt der Reise eine Reiseerlaubnis einholen müssen, wobei die Prüfung weniger umfassend ist als beim herkömmlichen Visumverfahren). Zu prüfen ist, ob die EU im Rahmen ihres integrierten Grenzmanagements ergänzend zur Visumpolitik ein solches ESTA-System einführen sollte.

Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2004/114/EG vom 13. Dezember 2004 über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst	Legislativmaßnahme	Änderung der geltenden Richtlinie zur Behebung von Problemen bei ihrer Anwendung und mögliche Ausweitung des Geltungsbereichs auf bezahlte Ausbildungsmaßnahmen und Au-Pair-Tätigkeiten
Mitteilung „Bekämpfung des Menschenhandels: ein integriertes Vorgehen“ und zu Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung von Opfern	Nicht-Legislativmaßnahme	Festlegung eines umfassenden strategischen Rahmens, der es der EU ermöglicht, den Menschenhandel zu verhindern und einzudämmen, in den Menschenhandel verwickelte Kriminelle strafrechtlich zu verfolgen und die Opfer besser zu schützen und zu unterstützen.
Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2003/86/EG über das Recht auf Familienzusammenführung	Legislativmaßnahme	Follow-up zum Grünbuch von 2010
Vorschlag für eine Verordnung über Europol	Legislativmaßnahme	Im Einklang mit Art. 88 AEUV
EU-Einwanderungskodex		gemäß dem Stockholmer Programm Konsolidierung sämtlicher Rechtsvorschriften im Bereich der Einwanderung, angefangen bei der legalen Einwanderung.
<b>Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion</b>		
<b>Verordnung zur Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe</b>	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Schaffung eines Rahmens für die Teilnahme von Freiwilligen aus verschiedenen europäischen Ländern an Hilfseinsätzen in Drittländern. Schwerpunkte dieser Einsätze werden voraussichtlich humanitäre Hilfe und Zivilschutz sein.
Mitteilung über humanitäre Nahrungsmittelhilfe	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziele der Mitteilung sind: (i) Optimierung der Effizienz und Wirksamkeit der Aktionen, (ii) bessere Koordinierung der Maßnahmen, (iii) Information der Beteiligten über Ziele, Prioritäten und erwartete Standards.
Mitteilung über ein Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe	Nicht-Legislativmaßnahme	Übergeordnetes Ziel der Mitteilung ist es, einen Überblick über die derzeitige Situation zu geben, was Freiwilligentätigkeiten in Europa anbelangt. Dazu werden verschiedene Strukturen (auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten) analysiert und aufgezeigt, wo diese möglicherweise ein Europäisches Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe ergänzen.
Legislativvorschläge zur Verlängerung des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz und des Finanzinstruments für den Zivilschutz	Legislativmaßnahme	Bei der für 2010 geplanten Bewertung der Zivil- und Katastrophenschutzpolitik wird die Wirksamkeit des Finanzierungsinstruments und des Verfahrens geprüft und untersucht, ob das Verfahren ausgebaut werden kann. Die geltende Entscheidung über ein Finanzierungsinstrument für den Bevölkerungsschutz tritt 2013 außer Kraft und muss verlängert werden.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstrumentes für humanitäre Hilfe	Legislativmaßnahme	Seit ihrer Annahme im Jahr 1996 wurde die Verordnung Nr. 1257/96 des Rates nie wesentlich geändert. Eines der Ziele des Vorschlags ist es, das Legislativinstrument mit dem Europäischen Konsens über die Entwicklung der humanitären Hilfe in Einklang zu bringen.
<b>Industrie und Unternehmen</b>		
Mitteilung über umweltfreundliche Fahrzeuge	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung enthält eine umfassende Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge, bei der Möglichkeiten zur Entkarbonisierung des Straßenverkehrs optimal genutzt werden (Zeithorizont 2020).
Mitteilung über die Halbzeitüberprüfung der Regelung für kleine Unternehmen in Europa	Nicht-Legislativmaßnahme	Nachdem die Regelung zwei Jahre angewandt wurde, müssen die Fortschritte, die die Mitgliedstaaten und die Kommission erzielt haben, bewertet und Überlegungen über mögliche neue Maßnahmen angestellt werden, um den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Rechnung zu tragen und künftigen Herausforderungen zu begegnen.
Legislativvorschlag über den Zugang zu öffentlichen regulierten Diensten von Galileo	Legislativmaßnahme	Festlegung der Nutzungsbedingungen der öffentlichen regulierten Dienste durch eine wirksame Verwaltung, die die Sicherheit der Dienste gewährleistet, - Einrichtung der notwendigen Schnittstellen zwischen der Entscheidungsstruktur (Rat, Mitgliedstaaten, Kommission) und der technischen Infrastruktur der öffentlichen regulierten Dienste (Aufsichtsbehörde, Konzessionsnehmer, Nutzer), - rechtzeitige Einführung der technischen Verfahren und Entscheidungsstrukturen, damit die öffentlichen regulierten Dienste gleich bei der Inbetriebnahme von Galileo genutzt werden können.
Mitteilung über einen Aktionsplan für GNSS-Anwendungen	Nicht-Legislativmaßnahme	Festlegung einer Strategie für eine optimierte Produktentwicklung für den kommerziellen Dienst von Galileo.
Mitteilung über die europäischen Satellitennavigationsprogramme	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Bewertung konzentriert sich auf die Kosten und Risiken der vollständigen Verwirklichung von EGNOS und Galileo. Wegen des voraussichtlichen zusätzlichen Mittelbedarfs für die vollständige Inbetriebnahme der Systeme im Zeitraum der derzeitigen finanziellen Vorausschau ist dies besonders dringend und bedeutend. Bei der Halbzeitbewertung müssen auch Empfehlungen für die Leitungsstrukturen von EGNOS und Galileo nach 2013 sowie zu Elementen der Finanzierungsplanung formuliert werden.
Mitteilung über ein stärker integriertes europäisches Normungssystem Änderung von • Richtlinie 98/34/EG, Beschluss 87/95/EWG über Normung im IKT-Bereich • Beschluss Nr. 1673/2006/EG über die Finanzierung der Europäischen Normung	Legislativmaßnahme/Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung, die mit dem Innovationspaket Hand in Hand geht, wird einen Aktionsplan für ein stärker integriertes europäisches Normungssystem, eine effizientere und wirksamere Normung, den besseren Zugang zur Normung (vor allem für innovative Unternehmen und Wachstumsunternehmen), einen größeren Einfluss der EU auf die Normung auf internationaler Ebene und ein dauerhaft zuverlässiges Finanzierungssystem für die Entwicklung von Normen vorsehen.
Mitteilung über die soziale Verantwortung der Unternehmen	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Mitteilung über die soziale Verantwortung von Unternehmen soll helfen, bei den europäischen Bürgern wieder Vertrauen in die Wirtschaft zu schaffen. Sie wird sich erstens mit der Frage befassen, wie Unternehmen über Umweltschutz, soziale Aspekte und Leitungsstrukturen informieren. Zweitens wird die Frage der Rechte von Unternehmen und der Menschenrechte im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen auf Ebene der Vereinten Nationen angeschnitten. Drittens werden

		verschiedene internationale Instrumente für die soziale Verantwortung von Unternehmen unterstützt und Einfluss auf sie ausgeübt, darunter der UN Global Compact, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie der ISO-Normentwurf zur sozialen Verantwortung.
Mitteilung über Rohstoffe	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird es um die wichtigsten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Rohstoffen und um die entscheidende Bedeutung gehen, die die Rohstoffe nach der Krise für eine langfristig tragfähige Entwicklung der Wirtschaft in der EU haben werden, also auch um ihren Beitrag zu Europa 2020. Bei der Überarbeitung der Mitteilung von 2008 werden wichtige strategische Fragen wie die Definition kritischer Rohstoffe, strategische Maßnahmen gegen Ausfuhrbeschränkungen in Drittländern, die Frage, wie die Rohstoffthematik in der Entwicklungspolitik der EU besser berücksichtigt werden kann, sowie Maßnahmen zur Unterstützung der Forschung und die Substitution durch andere Rohstoffe aus der EU behandelt.
Mitteilung über eine künftige Beteiligung der Europäischen Union an der Raumfahrt	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung werden die Prioritäten und wichtigsten Aktivitäten eines künftigen Rahmenprogramms für die Raumfahrt festgelegt, das in den nächsten Finanziellen Vorausschauen umgesetzt werden soll. Das Programm soll auf wichtige strategische Herausforderungen ausgelegt sein. Es soll auf den bisherigen Maßnahmen aufbauen, die im Rahmen von GALILEO, GMES und dem Bereich Raumfahrt des RP7 durchgeführt wurden.
Mitteilung über die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes in der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Schwerpunkte der Mitteilung werden vier strategische Ziele zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes sein: (a) eine kohärente Qualitätspolitik, (b) ein verbesserter Regelungsrahmen, insbesondere im Hinblick auf das öffentliche Auftragswesen, den Wettbewerb, die Registrierungs- und Qualifizierungssysteme, den Arbeitsschutz und die Nichteinhaltung von Zahlungsfristen, (c) Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, (d) Intensivierung der Forschung sowie Umsetzung von Innovation und Wissen. Die Mitteilung wird auch auf den Beitrag des Baugewerbes zum Klimaschutz abheben.
Mitteilung über eine erneuerte Tourismuspolitik der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird mögliche Bereiche für Maßnahmen auf Ebene der EU, der Mitgliedstaaten oder der Regionen sowie für Maßnahmen der Industrie und anderer Beteiligten auflisten und einen Überblick über die am besten geeigneten Finanzierungsinstrumente für deren Koordinierung geben.
Änderung der Richtlinie über die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme	Legislativmaßnahme	Bei der geplanten Überarbeitung der Richtlinie wird untersucht, wie die Bestimmungen der Richtlinie so geändert werden können, dass der Binnenmarkt für Arzneimittel besser funktioniert; dabei wird die Entwicklung der nationalen Preisfestsetzungssysteme und Erstattungsregelungen berücksichtigt.
Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2014 - 2020 (CIP II)	Legislativmaßnahme	Die wichtigsten strategischen Ziele des Programms sind die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und ein nachhaltiges Wachstum. Die Einzelziele sind: Beschleunigung der Anpassung der Industrie an den Strukturwandel, Förderung günstiger Rahmenbedingungen für unternehmerische Initiative und für die Entwicklung der Unternehmen in der ganzen Union, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, indem für ein Umfeld gesorgt wird, das die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und die bessere Nutzung des industriellen Potenzials innovationspolitischer Maßnahmen (einschließlich Öko-Innovation), Forschung und technologische Entwicklung begünstigt.
Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung eines Europäischen Erdbeobachtungsprogramms (GMES)	Legislativmaßnahme	Im Zusammenhang mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU sollen in diesem Verordnungsvorschlag vor allem die programmbezogenen und finanziellen Aspekte des GMES-Dienstes und der Infrastruktur geregelt werden. Er wird zudem die Rechts- und



		Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Verordnung vorsehen; insbesondere werden Eigentumsfragen und die Datenzugangspolitik, Fragen der Verwaltung und der internationalen Zusammenarbeit beim GMES geregelt.
Verordnung über ein Europäisches Raumfahrtprogramm	Legislativmaßnahme	Artikel 189 AEUV überträgt der EU die Zuständigkeit für die Schaffung eines europäischen Raumfahrtprogramms. Das Raumfahrtprogramm soll insbesondere die Europäische Raumfahrtpolitik unterstützen und die Maßnahmen der ESA und der nationalen Raumfahrtbehörden ergänzen. Es baut auf den bisherigen Maßnahmen auf, die im Rahmen von GALILEO, GMES und dem Bereich Raumfahrt des RP7 durchgeführt wurden.
Vorschlag zur Lenkung und Finanzierung der europäischen GNSS-Programme	Legislativmaßnahme	Es müssen neue Regeln für die Programme für die Zeit nach 2013 festgelegt werden: dabei sind insbesondere die Aspekte der Programmleitung und Finanzierung zu berücksichtigen. Es wird auch um den Tätigkeitsbereich der Behörde gehen.
Mitteilung über eine neue Überprüfung der Regulierung von Nanomaterialien	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Mitteilung geht auf eine Mitteilung von 2008 über die Regelungsaspekte bei Nanomaterialien zurück, in der die Kommission zusagte, die EU-Organen über Entwicklungen beim Regelungsrahmen und seiner Umsetzung im Bereich der Nanomaterialien zu informieren.
Vorschlag für eine verstärkte Unterstützung von KMU der EU auf Märkten außerhalb der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Vorschlag zur verstärkten Unterstützung der EU-Unternehmen und vor allem von KMU auf Märkten außerhalb der EU. Hervorgehoben werden vor allem Aspekte, die die Bereiche vorhandener Dienste und den fairen Wettbewerb ergänzen.
<b>Binnenmarkt und Dienstleistungen</b>		
<b>Weißbuch über die Neuordnung des Binnenmarkts</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Weißbuch wird konkrete Initiativen und Schritte zur Neuordnung des Binnenmarktes enthalten (zum Jahrestag im Jahr 2012).
<b>Legislativinitiative über einen Rahmen für das Krisenmanagement und die Krisenbewältigung</b>	Legislativmaßnahme	Diese Initiative knüpft an die Mitteilung von 2010 an und soll einen wirksameren und effizienteren Rahmen für das Krisenmanagement schaffen.
Kommissionsbericht über die Überprüfung von Einbehaltungen bei Verbriefungen	Nicht-Legislativmaßnahme	Dieser Bericht steht im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinien und untersucht, ob der 5-Prozentsatz für die Einbehaltung bei Verbriefungen erhöht werden sollte und ob die Methoden zur Berechnung der erforderlichen Einbehaltung zweckmäßig ist.
Änderung der Verordnung über Ratingagenturen und Einführung einer direkten Aufsicht	Legislativmaßnahme	Mit der geänderten Verordnung soll eine zentrale Aufsicht über Ratingagenturen eingeführt werden, die in der EU tätig sind, um das Vertrauen der Anleger zu stärken.
Mitteilung über die Überprüfung des Einzelhandelsmarkts	Nicht-Legislativmaßnahme	Es sollen mögliche Funktionsstörungen auf dem Einzelhandelsmarkt sowohl aus der Perspektive der Verbraucher als auch aus der der Anbieter ermittelt werden. Ferner sollen breit gefächerte, wirksame und aufeinander abgestimmte Strategien konzipiert werden.
Grünbuch zur Unternehmensführung in Finanzierungseinrichtungen	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Grünbuch soll Schwachstellen bei Unternehmensführungspraktiken in Finanzierungseinrichtungen ermitteln und Empfehlungen zu deren Behebung machen, um erneuten Unternehmensführungsfehlern in Banken und anderen Finanzierungseinrichtungen vorzubeugen.
Änderung der Richtlinie über Finanzkonglomerate	Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll der Rahmen für eine stärkere Beaufsichtigung der Konglomerate an neue Anforderungen angepasst werden.

Richtlinie zur Änderung mehrerer Richtlinien über Finanzdienstleistungen, in der die Befugnisse der Europäischen Aufsichtsbehörden festgelegt werden („Omnibus II“-Richtlinie)	Legislativmaßnahme	In den Rechtsvorschriften über Finanzdienstleistungen muss der Einrichtung der Europäischen Bankaufsichtsbehörde, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde Rechnung getragen werden. Mit der Omnibus-II-Richtlinie sollten auch die Bestimmungen geändert werden, die den Versicherungs- und den Wertpapiersektor betreffen.
Überprüfung der Richtlinie 1997/9/EG über Anlegerentschädigungssysteme	Legislativmaßnahme	Das Vertrauen der Anleger soll gestärkt werden und es sollen wirksamere Maßnahmen gegen Betrug und Konkurse eingeführt werden.
Richtlinie über Rechtssicherheit im Wertpapierrecht	Legislativmaßnahme	Die Bestimmungen über buchmäßig verwaltete Wertpapiere sollen vereinfacht werden.
Mitteilung über das öffentliche Auftragswesen mit Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Unterstützung der Prioritäten von „Europa 2020“: Innovation, Investitionen in emissionsarme Branchen, Soziales, Energieeffizienz usw.	Nicht-Legislativmaßnahme	Es sollen Hinweise für eine ordnungsgemäße Anwendung der vorhandenen Instrumente für ein umweltgerechtes, soziales und innovatives öffentliches Auftragswesen gegeben werden. Die Mitteilung legt den Vergabebehörden dar, was sie nach geltendem Recht zu tun haben (rechtsverbindliche Bestimmungen) und welche Handlungsmöglichkeiten sie haben.
Rechtsakt zur Festsetzung der Fristen für die Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums	Legislativmaßnahme	Die Initiative flankiert die Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums durch Festlegung von Fristen für die Einführung von Produkten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrsraums (Überweisungen und Lastschriftverfahren).
Initiative zu Konzessionen	Legislativmaßnahme/Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll Klarheit und Rechtssicherheit hinsichtlich der Bestimmungen über die Vergabe von Konzessionen geschaffen werden.
Maßnahmen zur Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit Krediten	Nicht-Legislativmaßnahme	In dieser Initiative wird die Kommission ihren Standpunkt zu Fragen der Kreditvergabe an Einzelhandelskunden darlegen, darunter zur Rolle der Kreditvermittler, zur Bewertung von Kreditprodukten, Information und Beratung und darüber, wie verantwortungsvoll mit Krediten umgegangen werden kann.
Weißbuch über den Schutz der Inhaber von Versicherungspolicen/Garantiefonds	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dem Weißbuch soll das Vertrauen der Verbraucher gestärkt werden und eine politische Entscheidung über Vorschläge für mögliche künftige Rechtsakte vorbereitet werden.
Mitteilung zu bewährten Verfahren für Hypothekendarlehen (Vermeidung einer Zwangsvollstreckung)	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung soll Beispiele und Hinweise enthalten, wie die öffentlichen Behörden der Mitgliedstaaten in einer Phase Lösungen finden können, in der den Bürgern eine Zwangsvollstreckung noch erspart werden kann.
Legislativinitiative über verwaiste Werke für digitale Bibliotheken	Legislativmaßnahme	Die Legislativinitiative wird eine Rechtsgrundlage schaffen, die es Bibliotheken der EU ermöglicht, verwaiste Werke (Werke, deren Autoren unbekannt oder nur sehr schwer zu ermitteln sind) einzuscannen und öffentlich zugänglich zu machen. Diese Initiative wird es ermöglichen, schneller digitale Bibliotheken in der EU aufzubauen.
Rahmenrichtlinie über die kollektive Rechteverwertung	Legislativmaßnahme	Die Richtlinie, die die Europäische digitale Agenda untermauert, wird die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften (Gesellschaften, die Urheberrechtsgebühren einkassieren und auszahlen) regeln.
Mitteilung über Sanktionen	Nicht-Legislativmaßnahme	Follow-up zum Bericht vom April an den ECOFIN-Rat über Sanktionen. Es sollen abschreckende Sanktionen eingeführt werden, und die Aufsichtsbefugnisse und -ziele sollen in der EU einheitlicher werden. Die Initiative ergänzt die Überprüfung der Marktmissbrauchsrichtlinie.

Durchführungsmaßnahmen des Solvabilität-II-Pakets einschließlich Vergütungsvorschriften	Legislativmaßnahme	Eingeführt werden soll die auf dem Risiko beruhende Berechnung der Eigenkapitalausstattung gemäß Solvabilität-II sowie technische Maßnahmen der Stufe 2, darunter Vergütungsregeln.
Mitteilung und Bericht über die Ergebnisse der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und des darin vorgesehenen Verfahrens der gegenseitigen Evaluierung	Nicht-Legislativmaßnahme	Follow-up zum Verfahren der gegenseitigen Evaluierung im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie in Form eines Strategiepapiers über die Politik der Kommission im Bereich der Dienstleistungen der Zukunft.
Überprüfung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) und Legislativvorschläge (einschl. Problematik der „dark pools“)	Legislativmaßnahme	Die Überprüfung der Richtlinie ist in zahlreichen Überprüfungsklauseln vorgesehen und muss deshalb vorgenommen werden. Ziel ist es, bei Investoren mehr Vertrauen zu schaffen und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Interesse der Effizienz und Transparenz des Marktes zu gewährleisten.
Grünbuch über die Förderung der elektronischen Auftragsvergabe	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Grünbuch soll weitere Schritte zur Förderung der Nutzung der elektronischen Auftragsvergabe vorgeben und Hindernisse für die grenzüberschreitende elektronischen Auftragsvergabe ermitteln.
Richtlinien über Informations- und Vertriebspraktiken beim Vertrieb von Anlageprodukt-Paketen im Privatkundengeschäft	Legislativmaßnahme	Die Richtlinie soll sicherstellen, dass Vertriebspraktiken und Verbraucherinformationen angemessen sind und dass Finanzprodukte wirklich miteinander verglichen werden können.
Änderung der Rechnungslegungs-Richtlinien	Legislativmaßnahme	Vereinfachung und Modernisierung bestehender Rechnungslegungsvorschriften.
Richtlinie zur Änderung der OGAW-Richtlinie (V) im Hinblick auf die Verantwortung der Verwahrer	Legislativmaßnahme	Ziel ist ein verbesserter Anlegerschutz und gleiche Bedingungen für OGAW-Anleger in ganz Europa.
Überprüfung der Richtlinie über die Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme	Legislativmaßnahme	Eine Überprüfung dieser Richtlinie ist nötig, weil sichergestellt werden muss, dass angemessene Strukturen zur Finanzierung der Altersversorgung vorhanden sind.
Überprüfung der Verordnung über das Markensystem der Gemeinschaft	Legislativmaßnahme	Ziel ist die Verbesserung und Weiterentwicklung des Markensystems der Gemeinschaft zur Verbesserung der Qualität, Effizienz und zur Gewährleistung eines Mehrwertes für die Nutzer/Verbraucher. Bei der Überprüfung wird zunächst die Funktionsweise des Markensystems der Gemeinschaft umfassend bewertet. Auch sollen das Amt für Harmonisierung des Binnenmarkts und die Markenämter der Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten, was auch der Bekämpfung der Markenpiraterie zugute kommt.
Mitteilung über elektronische Rechnungsstellung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird gemeinsame Vorgaben für ein interoperables System zur elektronischen Rechnungsstellung enthalten, die die Akzeptanz der elektronischen Rechnungsstellung erhöhen sollen, wovon ein erheblicher wirtschaftlicher Nutzen und ein geringerer Verwaltungsaufwand erwartet werden. Sämtliche Geschäfts- und Handelspartner, besonders KMU, werden von der Verwendung des Systems profitieren.
Weißbuch über die elektronische Auftragsvergabe		Das Weißbuch wird die Ergebnisse der Konsultationen zusammenfassen, die 2010 stattfinden sollen und mit dem Grünbuch über die elektronische Auftragsvergabe eingeleitet werden.
Änderung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung	Legislativmaßnahme	Mit der geänderten Richtlinie sollen die Definitionen einheitlicher und genauer werden und sie soll mehr Rechtssicherheit bieten und gleichzeitig Schwierigkeiten bei ihrer Anwendung in ihrer

		derzeitige Fassung auf Ebene der Mitgliedstaaten beheben.
Überprüfung der Durchsetzungsrichtlinie	Legislativmaßnahme	Nach Vorlage des Berichts im Oktober 2010 wird die Durchsetzungsrichtlinie auf mögliche rechtliche Änderungen überprüft.
<b>Justiz, Grund- und Bürgerrechte</b>		
<b>Legislativinstrument für den Gemeinsamen Referenzrahmen</b>	Legislativmaßnahme	Als Follow-up zur Mitteilung von 2010 wird eine Methode zur Festlegung und Verwendung des gemeinsamen Referenzrahmens eingeführt.
Vorschlag für eine Empfehlung zur Aushandlung eines Datenschutz- und Informationsaustauschabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika zum Zweck der Strafverfolgung	Legislativmaßnahme	Geplant ist eine Empfehlung der Kommission an den Rat zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und den USA über den Schutz personenbezogener Daten, die zum Zwecke der Strafverfolgung weitergegeben oder ausgetauscht werden. Dies würde den Behörden in der EU und in den USA Rechtssicherheit bei der Verarbeitung von Daten bringen.
Grünbuch zum freien Verkehr von Dokumenten: Personenstandsurkunden, Urkunden und erleichterte Legalisation	Nicht-Legislativmaßnahme	Der freie Verkehr von amtlichen Dokumenten wäre eine erhebliche Verbesserung, die die Freizügigkeit von EU-Bürgern erleichtern würde. Ziel ist die gegenseitige Anerkennung rechtlicher Dokumente, da Bürger und Unternehmen bisher durch den Verwaltungsaufwand in ihrer Freiheit eingeschränkt sind.
Mitteilung über die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit der Mitteilung soll anhand des bisherigen Fortschritts beschrieben werden, wie die EU einen noch größeren Beitrag zur vollen sozialen und wirtschaftlichen Integration der Roma leisten kann. Es wird vorgeschlagen, spezifische und wirksame Maßnahmen in andere Politikbereiche zu integrieren.
Mitteilung über eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter (2010-2015)	Nicht-Legislativmaßnahme	Anknüpfend an den Fahrplan zur Gleichstellung (2006-2010) wird die neue Strategie die jüngst angenommene Frauen-Charta durch konkrete Maßnahmen umsetzen.
Richtlinie über Recht auf Information in Strafverfahren	Legislativmaßnahme	Um die gegenseitige Anerkennung von Urteilen in der EU zu erleichtern, wird die Kommission Mindestbestimmungen über das Recht verdächtiger Personen in Strafverfahren vorschlagen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass Angeklagte unverzüglich und ausführlich über ihre Rechte und die Anschuldigungen gegen sie aufgeklärt werden.

Vorschlag für eine Verordnung über Kollisionsnormen im Bereich des Güterrechts, einschließlich der Frage der gerichtlichen Zuständigkeit und der gegenseitigen Anerkennung, und Vorschlag für eine Verordnung über die vermögensrechtlichen Folgen der Trennung bei anderen Arten der Lebensgemeinschaft	Legislativmaßnahme	Die Verordnung wird objektive Kriterien für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts für die güterrechtliche Regelung bei internationalen Ehen enthalten. Das wird auch Fälle erfassen, in denen sich die Güter in verschiedenen Mitgliedstaaten befinden. Die Verordnung wird zudem festlegen, welches nationale Gericht zuständig ist, und Verfahren für die Anerkennung und Durchsetzung von Urteilen anderer Mitgliedstaaten enthalten.
Mitteilung über die Grundrechtspolitik	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Mitteilung wird das System der EU zum Schutz der Grundrechte beschreiben und die Politik der Kommission zur Gewährleistung der Beachtung der EU-Grundrechtscharta in allen Politikbereichen der EU darlegen. Unter anderem soll vorgeschlagen werden, in die Folgenabschätzungen der Kommission ein Grundrechtskapitel aufzunehmen, und die Bedeutung eines Jahresberichts zur Überprüfung der Einhaltung der Charta herausgestellt werden.
Mitteilung über eine Datenschutzstrategie	Nicht-Legislativmaßnahme	Mitteilung über eine Strategie für den Schutz des Grundrechts auf Datenschutz nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.
Mitteilung über eine Kinderrechtsstrategie (2010 – 2014) auf der Grundlage einer Bewertung der Auswirkungen der EU-Vorschriften auf die Kinderrechte	Nicht-Legislativmaßnahme	Auf der Grundlage einer Anhörung der EU-Organe und der Konsultation des Kinderhilfswerks UNICEF, von NRO und von Kindern werden in der Mitteilung die Prioritäten der Kommission hinsichtlich der Rechte des Kindes vorgezeichnet. Dabei wird auch darüber Bilanz gezogen, wie gut die Hotlines zur Meldung vermisster Kinder funktionieren.
Vorschlag für eine Verordnung zur effizienteren Vollstreckung von Urteilen in der Europäischen Union: Pfändung von Bankguthaben	Legislativmaßnahme	Unternehmen und Bürgern soll die Einforderung von Schulden erleichtert werden. In der derzeitigen Lage, in denen die Mittel knapp sind, kann eine schnelle Vollstreckung von Forderungen für das Überleben von Unternehmen von entscheidender Bedeutung sein. Wir müssen die Einforderung von Schulden über Grenzen hinweg erleichtern, da bisher mehr als 60 % solcher Schulden im Binnenmarkt nicht eingetrieben werden.
Legislativvorschlag für eine umfassende Regelung für die Beweiserhebung in Strafsachen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung	Legislativmaßnahme	Dieses neue Modell könnte einen größeren Anwendungsbereich haben und sollte unter Berücksichtigung der jeweiligen Maßnahmen so viele Beweisarten wie möglich erfassen.
Legislativvorschlag zur Einführung gemeinsamer Beweiserhebungsnormen in Strafsachen zur Gewährleistung der Zulässigkeit der Beweise	Legislativmaßnahme	Die bestehenden Regeln zur Gewährleistung der Zulässigkeit der in anderen Mitgliedstaaten sichergestellten Beweise berühren die Beweiserhebung nur indirekt, da sie keine gemeinsamen Normen hierfür vorsehen. Richtig funktioniert die Übergabe von Beweisen in Strafverfahren wahrscheinlich nur zwischen Mitgliedstaaten mit vergleichbaren nationalen Beweiserhebungsnormen.
Richtlinie über die Rechte von Opfern von Straftaten und deren Unterstützung	Legislativmaßnahme	Entwicklung eines umfassenden Rechtsinstruments für den Opferschutz, indem die Richtlinie über die Entschädigung der Opfer und der Rahmenbeschluss über die Stellung des Opfers nach einer Bewertung der beiden Instrumente zusammengefasst werden.
Grünbuch über Fragen des Gewahrsams	Nicht-Legislativmaßnahme	Grünbuch mit Überlegungen zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und zur besseren Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung im Bereich des Gewahrsams. Es sollte versucht werden, den Austausch bewährter Verfahren weiter zu fördern, und die Anwendung der vom Europarat verabschiedeten Europäischen Strafvollzugsvorschriften sollte unterstützt werden.

Legislativvorschlag über Rechtsbeistand und Prozesskostenhilfe	Legislativmaßnahme	Verfahrensrechte – Maßnahme C Verdächtige und Beschuldigte in Strafsachen haben nicht immer einen angemessenen, gegebenenfalls (teilweise) kostenlosen Rechtsbeistand, da die Mitgliedstaaten ganz unterschiedliche Vorschriften über Prozesskostenhilfe haben.
Änderung der Richtlinie 90/314/EWG über Pauschalreisen	Legislativmaßnahme	Die Richtlinie bietet den Verbrauchern bei Reisen keinen angemessenen Schutz mehr; auch gewährt sie Unternehmen keine ausreichende Rechtssicherheit. Da die Richtlinie nur eine sehr beschränkte Harmonisierung vorsieht, sind die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, was den Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig werden möchten, Kosten verursacht und sich auch negativ auf die Verbraucher auswirken kann, wenn er seine Rechte in einem anderen Land durchsetzen möchte.
Legislativvorschlag für ein europäisches Strafregisterinformationssystem für verurteilte Drittstaatsangehörige (ECRIS-TCN)	Legislativmaßnahme	Anlegung eines gemeinsamen Indexes und Einführung eines Treffer/Kein Treffer-Systems, mit dem Strafregisterbehörden eines Mitgliedstaats schnell herausfinden können, ob ein Drittstaatsangehöriger vorbestraft ist und in welchem Mitgliedstaat er verurteilt wurde.
Legislativvorschlag für einen besseren finanziellen Ausgleich als Gegenleistung für konsularischen Schutz in Krisensituationen	Legislativmaßnahme	Im Aktionsplan 2007-2009 der Kommission über einen wirksamen konsularischen Schutz in Drittländern hieß es, dass die Koordinierung im Bereich der konsularischen Unterstützung verbessert werden könnte. Es wurde angeregt zu prüfen, ob ein System der Mitgliedstaaten für einen finanziellen Ausgleich in Krisensituationen eingeführt werden könnte.
Legislativvorschlag zur Änderung des Beschlusses 1995/553/EG über den Schutz durch konsularische Vertretungen	Legislativmaßnahme	Jeder EU-Bürger, der sich in einem Drittland befindet, wo sein Mitgliedstaat nicht vertreten ist, hat Anspruch auf konsularische Unterstützung durch eine Botschaft oder ein Konsulat eines anderen Mitgliedstaats zu den gleichen Bedingungen wie die Bürger dieses Mitgliedstaats. Die Kommission möchte die Mitgliedstaaten bei dieser Aufgabe unterstützen, indem sie konkrete Maßnahmen vorschlägt, mit denen sichergestellt werden soll, dass alle EU-Bürger über ihre Rechte aufgeklärt werden, und der Umfang des Schutzes klargestellt wird. Nach dem Vertrag von Lissabon kann die Kommission Legislativvorschläge in diesem Bereich einbringen.
Änderung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken	Legislativmaßnahme	Aktualisierung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern.
Mitteilung über die Bekämpfung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird ein gemeinsames Konzept für die bessere und optimale Nutzung der vorhandenen rechtlichen und finanziellen Instrumente für den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung vorgeben.
Vorschlag für eine Eurojust-Verordnung	Legislativmaßnahme	Eurojust soll die Befugnis erhalten, direkt Untersuchungen einzuleiten, wodurch die interne Struktur effizienter wird. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sollen gemäß Art. 85 AEUV in die Bewertung der Eurojust-Aktivitäten einbezogen werden.
Mitteilung über die Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	Nicht-Legislativmaßnahme	Möglichkeit, dem nationalen Mitglied von Eurojust weitere Befugnisse zu übertragen, Erweiterung der Befugnisse des Kollegiums von Eurojust oder Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft.
Legislativvorschlag über die gegenseitige Anerkennung der Wirkung bestimmter Personenstandsurkunden	Legislativmaßnahme	Follow-up zum Grünbuch zum freien Verkehr von Dokumenten: Personenstandsurkunden, Urkunden und erleichterte Legalisation.

Legislativvorschlag über den möglichen Verzicht auf Formalitäten für die Legalisation von Urkunden im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	Follow-up zum Grünbuch zum freien Verkehr von Dokumenten: Personenstandsurkunden, Urkunden und erleichterte Legalisation.
<b>Maritime Angelegenheiten und Fischerei</b>		
<b>Vorschläge für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)</b>	Legislativmaßnahme	Das GFP-Reformpaket wird folgende Vorschläge umfassen: - Vorschlag für eine neue Grundverordnung für die GFP und die Aquakultur - Vorschlag für eine neue Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation - Vorschläge in Bezug auf die finanzielle Dimension der neuen GFP - technische Maßnahmen
Verordnungen über Fangmöglichkeiten für 2011:	Legislativmaßnahme	Verschiedene Verordnungen zu Ostsee, Schwarzem Meer, anderen Gebieten des Atlantischen Ozeans und der Nordsee sowie zu Tiefseearten für die Jahre 2011-2012. Jeder Verordnung wird eine Mitteilung an den Rat vorausgehen.
Verordnungen zu Mehrjahresplänen zur Bewirtschaftung und Wiederaufstockung der Bestände an bestimmten Arten wie Lachs in der Ostsee, Roter Thun, Schellfisch, Hering in der Keltischen See, Südlicher Seehecht und Kaisergranat	Legislativmaßnahme	Für Schellfisch, Hering, Südlichen Seehecht und Kaisergranat sehen die vorgeschlagenen neuen Pläne vor, dass die jährliche Festsetzung der TAC so erfolgt, dass das Ziel der Erreichung des höchstmöglichen Dauerertrags erreicht wird. Der derzeitige Plan zur Wiederaufstockung der Bestände an Rotem Thun wird abhängig von den Ergebnissen der Verhandlungen mit der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischarten des Atlantiks 2009 möglicherweise geändert werden müssen.
WISSEN ÜBER DIE WELTMEERE 2020: Meeresdaten und Beobachtung von intelligentem Wachstum	Nicht-Legislativmaßnahme	Zur Zeit liegt die Zuständigkeit für die Erhebung von Daten zu Europas Meeren und Ozeanen bei öffentlichen oder privaten Einrichtungen auf regionaler und nationaler Ebene, die Daten sammeln zu offenen Meeres- und Küstengewässern und zu Gewässern, die der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit eines bestimmten Staates unterliegen. Im Aktionsplan zum Aufbau eines europäischen maritimen Beobachtungs- und Datennetzwerks werden Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen öffentlicher und privater Einrichtungen aufgezeigt werden.
Verordnung des EP und des Rates zur Auflegung eines Programms zur Förderung der Entwicklung einer integrierten Meerespolitik (IMP)	Legislativmaßnahme	Mit der vorgeschlagenen Verordnung soll eine fortlaufende modeste finanzielle Grundlage für die Förderung der Entwicklung und Durchführung der Integrierten Meerespolitik im verbleibenden Zeitraum des geltenden Finanzrahmens 2011–2013 geschaffen werden.
Mitteilung zu den Meeresregionen (Nordsee und Atlantik)	Nicht-Legislativmaßnahme	Vorbereitung von Initiativen zur Durchführung der Integrierten Meerespolitik im Nordseebecken und im Atlantik - nach der Vorlage bereits ausgearbeiteter Mitteilungen zum Mittelmeerraum, der Ostsee und der Arktis.
Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Änderung der Verordnung 1288/2009 zur Festlegung technischer Übergangsmaßnahmen	Legislativmaßnahme	Da sich der Rat auf seiner Tagung im November 2009 nicht auf ständige technische Maßnahmen im Atlantik einigen konnte (KOM(2008)324), wurde eine Verordnung zur Festlegung von technischen Übergangsmaßnahmen beschlossen. So wurde sichergestellt, dass die in Anhang III zur Verordnung Nr. 43/2009 genannten dringenden technischen Maßnahmen und die Quoten seit dem 1.1.2010 weiterhin zur Anwendung kommen. Die vorgeschlagene Änderung der Verordnung betreffend die Übergangsmaßnahmen soll deren Anwendung um weitere 18 Monate gewährleisten.

Verordnung des EP und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1185/2003 über das Abtrennen von Haifischflossen an Bord von Schiffen	Legislativmaßnahme	Eine Option bestünde darin, den geltenden Satz von 5 % für das Verhältnis zwischen dem Gewicht der Haifischflossen und dem der Haifischkörper (vor der Verarbeitung) zu ändern, so dass das Verhältnis von Lebendgewicht zwischen Flossen und Körper (ausgenommen, mit Kopf) in keinem Fall 5% überschreitet. Eine andere Option bestünde darin, die Flossen nicht vom Körper abzutrennen.
Mitteilung zu einem Aktionsplan der Gemeinschaft zur Reduzierung der Beifänge von Seevögeln in Fanggeräten	Nicht-Legislativmaßnahme	Um zu gewährleisten, dass die gemeinsame Fischereipolitik den Belangen des Umweltschutzes Rechnung trägt, besteht eines der Ziele der Gemeinschaft darin, die Fangmethoden zu verbessern, um die Zahl der unbeabsichtigten Fänge und die Auswirkungen auf die Meeresumwelt zu verringern.
Verordnung des EP und des Rates zu einem Bewirtschaftungsplan für pelagische Bestände in der Ostsee	Legislativmaßnahme	Mit der Verordnung soll ein langfristiger Bewirtschaftungsplan für pelagische Bestände in der Ostsee mit langfristig angelegten Bewirtschaftungszielen und Bestimmungen zur Erreichung dieser Ziele eingeführt werden.
Verordnung des EP und des Rates zur Überarbeitung der Verordnung des Rates (EG) Nr. 1098/2007 zur Festlegung eines Mehrjahresplans für die Dorschbestände der Ostsee	Legislativmaßnahme	Die Verordnung des Rates (EG) Nr. 1098/2007 sieht eine Bewertung der Bewirtschaftungsmaßnahmen im Jahr 2010 und gegebenenfalls eine Überarbeitung der Maßnahmen vor.
Verordnung des EP und des Rates zur Einführung eines langfristigen Bewirtschaftungsplans für Seezunge und Scholle in der Nordsee	Legislativmaßnahme	Die Verordnung zielt auf die Überarbeitung des langfristigen Bewirtschaftungsplans für Seezunge und Scholle in der Nordsee und die Festlegung von langfristig angelegten Zielen für die Bewirtschaftung des Bestands auf der Grundlage der Ergebnisse der Durchführung des ersten Bewirtschaftungsplans.
Neue Wachstumsquellen in Meeren und Ozeanen: Mitteilung zu Schaffung von Wachstum in den vom Meer abhängigen Sektoren – eine neue Vision nachhaltiger Entwicklung der Küstenregionen und maritimen Sektoren	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird sich auf eine Studie stützen, die künftige Wachstumsszenarien für Küstenregionen und die Seewirtschaft – mit dem Schwerpunkt positive Auswirkungen auf die Beschäftigung - untersuchen wird.
Mitteilung zu den finanziellen Auswirkungen der Integration der Meeresüberwachung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Kommission wurde ersucht, die finanziellen Auswirkungen der Einführung einer gemeinsamen Informationsanwendung für den Seebereich zu ermitteln.
<b>Regionalpolitik</b>		
<b>Legislativvorschläge zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zum Kohäsionsfonds (CF)</b>	Legislativmaßnahme	Verordnungen werden angepasst/ersetzt werden müssen, damit sie mit den EU-Prioritäten im Einklang stehen und die Anpassung der Durchführung der Kohäsionspolitik für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 gewährleistet ist. Parallel zu den Verordnungen werden neue EU-Leitlinien zur Kohäsionspolitik für den Zeitraum nach 2013 ausgearbeitet.
Bericht über die Kohäsionspolitik der EU 2010 – Mitteilung über die Durchführung der Kohäsionsfondsprogramme 2007-2013 durch die Mitgliedstaaten	Nicht-Legislativmaßnahme	Zusammenfassung der 27 Berichte der Mitgliedstaaten über den Beitrag zu den Zielen der Kohäsionspolitik, die Aufgaben der Fonds und die Durchführung der gemeinschaftlichen strategischen Leitlinien für die Kohäsion, die nationalen strategischen Bezugsrahmen und die Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung



Mitteilung zum Thema "Förderung des Beitrags der Kohäsionspolitik zur nachhaltigen Entwicklung der Regionen der EU und Umsetzung der Strategie "Europa 2020"	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird anhand strategischer Leitlinien aufzeigen, wie die Ziele der Kohäsionspolitik auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung an die Strategie Europa 2020 hinsichtlich der Förderung einer ressourceneffizienteren, umweltfreundlicheren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft angepasst werden können.
Mitteilung zum Thema "Förderung des Beitrags der Kohäsionspolitik zur Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft und der Innovationen auf regionaler Ebene sowie Umsetzung der Strategie "Europa 2020"	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird anhand strategischer Leitlinien aufzeigen, wie die Ziele der Kohäsionspolitik an die Strategie 2020 auf dem Gebiet des intelligenten Wachstums bei der Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Regionalwirtschaft angepasst werden können.
EU-Strategie für den Donaauraum	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Europäische Rat hat die Kommission auf seiner Tagung vom Juni 2009 aufgefordert, bis Dezember 2010 eine EU-Strategie für die Donauregion vorzulegen.
<b>Forschung und Innovation</b>		
<b>Mitteilung über ein ressourcenschonendes Europa und eine intelligente nachhaltige Bio-Wirtschaft</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel ist die Mobilisierung von Forschung, Innovation und Bildung, um den Weg hin zu einem ressourcenschonenden Europa festzulegen und zu erleichtern sowie die Festlegung einer Vision und eines Aktionsplans für eine nachhaltige und innovative europäische Bio-Wirtschaft. Gegenstand der Mitteilung werden der strategische Rahmen und konkrete Maßnahmen sein, die zu der in der Strategie "Europa 2020" aufgezeigten "Union der Innovation" beitragen sowie strategische Forschungsagenden, Modalitäten für deren Durchführung und Kontrollsysteme zur Gewährleistung von Fortschritten.
<b>Vorschlag der Kommission für das Achte Rahmenprogramm</b>	Legislativmaßnahme	Dieser Vorschlag betrifft das achte Forschungsrahmenprogramm für den Zeitraum 2014- 2020. Der Vorschlag, der die wichtigsten Leitlinien enthält, wird eine Reihe von Vorschlägen für einzelne Programme und Teilnahmeregelungen umfassen.
<b>Vorschläge der Kommission zum Achten Euratom-Rahmenprogramm</b>	Legislativmaßnahme	Dieser Vorschlag betrifft das Euratom-Rahmenprogramm für den Zeitraum 2014-2018. Der Vorschlag, der die wichtigsten Leitlinien enthält, wird eine Reihe von Vorschlägen für einzelne Programme und Teilnahmeregelungen umfassen.
(**) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Planung eines gemeinsamen Programms "Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Klimawandel"	Nicht-Legislativmaßnahme	Wie in der Strategie "Europa 2020" erläutert wird die Kommission insbesondere durch die Förderung gemeinsamer Programme mit den Mitgliedstaaten auf die Vollendung des Europäischen Forschungsraums (ERA) hinwirken. Das Thema "Ernährungssicherheit und Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft" wurde als zentrale gesellschaftliche Herausforderung für Europa erkannt, die im Rahmen einer gemeinsamen Programmplanungsinitiative anzugehen ist.
(**)Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Planung eines gemeinsamen Programms "Gesundheit, Ernährung und Verhütung ernährungsbedingter Krankheiten"	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Thema "Gesundheit, Ernährung und Verhütung ernährungsbedingter Krankheiten" wurde als zentrale gesellschaftliche Herausforderung für Europa erkannt, die im Rahmen einer gemeinsamen Programmplanungsinitiative anzugehen ist.
(**)Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Planung eines gemeinsamen Programms "Kulturelles Erbe, Klimawandel und Sicherheit"	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit Hilfe dieser gemeinsamen Programmplanungsinitiative soll gewährleistet werden, dass die europäischen Mitgliedstaaten durch Bündelung ihrer Anstrengungen ihre kritische Masse einsetzen und nutzen. Die zentralen Ziele sind die Untersuchung der Auswirkungen von Umweltveränderungen auf das kulturelle Erbe, die Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit des kulturellen Erbes sowie die nachhaltige Entwicklung im Bereich des kulturellen Erbes.

Vorschlag zum Euratom-Rahmenprogramm für Maßnahmen im Bereich der Nuklearforschung und -ausbildung (einschließlich ITER).  Beschluss zum spezifischen Programm für indirekte Maßnahmen  Verordnung zur Festlegung der Teilnahmeregeln und der Regeln für die Verbreitung von Forschungsergebnissen	Legislativmaßnahme	Die für 2012 und 2013 vorgeschlagenen Legislativmaßnahmen zielen auf die Fortführung der im Rahmen des 2006 verabschiedeten siebten Euratom-Rahmenprogramms vorgesehenen Maßnahmen und auf die Förderung der ITER-Konstruktionsphase, wobei dem neuen Mittelbedarf Rechnung getragen wird.  Die Teilnahmeregeln sehen einen umfassenden Rahmen vor, der die effiziente Durchführung des Euratom-Rahmenprogramms gewährleisten soll. Dabei wird der Notwendigkeit eines leichten Zugangs aller Teilnehmer durch erleichterte Verfahren Rechnung getragen.
Mitteilung zu einem Aktionsplan für die Weiterentwicklung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung werden konkrete Schritte zur Durchführung des Forschungs- und Innovationsplans aufgeführt. Die einzelnen Maßnahmen werden an die Vorbereitung des achten Rahmenprogramms gekoppelt werden.
Halbzeitbewertung des Siebten Rahmenprogramms	Nicht-Legislativmaßnahme	Die bei der Überprüfung gewonnenen Erkenntnisse werden bei der Vorbereitung des Achten Rahmenprogramms, das 2011 vorgeschlagen wird, berücksichtigt..
<b>Gemeinwohldienstleistungen</b>		
Mitteilung zu einem qualitativ hochwertigen Rahmen für Gemeinwohldienstleistungen	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird sich auf das Protokoll zum Vertrag von Lissabon stützen.
Überarbeitung des Pakets "Gemeinwohldienstleistungen" von 2005	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Rahmen tritt im November 2011 außer Kraft. Durch die Überarbeitung sollen die Bestimmungen im Hinblick auf die Ergebnisse des für 2010 geplanten Bewertungsberichts geändert werden. Diese Initiative ist im Zusammenhang mit dem Qualitätsrahmen für öffentliche und soziale Dienstleistungen zu sehen, der in den politischen Leitlinien von Präsident Barroso vorgesehen ist.
Bewertung des Berichts über Gemeinwohldienstleistungen 2005	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Bericht wird sich auf eine in den kommenden Wochen einzuleitende Konsultation der Öffentlichkeit stützen. Initiativen, die einen Bezug zu gemeinwirtschaftlichen Diensten aufweisen, sind im Zusammenhang mit der Herstellung eines hochwertigen Rahmens für öffentliche und soziale Dienstleistungen zu sehen.
<b>Intelligente Regulierung</b>		
Mitteilung zur intelligenten Regulierung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird die Prioritäten dieser Kommission in Bezug auf die intelligente Regulierung enthalten. Dazu gehören Maßnahmen zur Vereinfachung der bestehenden Rechtsvorschriften und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, die Entwicklung eines systematischeren Konzepts, um zu bewerten, in welchem Maße die in Bezug auf die Rechtsvorschriften und Strategien gesetzten Ziele erreicht wurden, sowie der Einsatz von Folgenabschätzungen zur Gewährleistung der Qualität neuer Vorschläge.
Beschluss des Rates zur Solidaritätsklausel (zusammen mit dem Vorschlag zu HR/VP vorzulegen)	Legislativmaßnahme	Durchführung von Artikel 222 Absatz 3 AEUV, der vorsieht, dass die Einzelheiten für die Anwendung der Solidaritätsklausel durch die Union durch einen Beschluss festgelegt werden, den der Rat aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik erlässt.

<b>Steuern und Zollunion</b>		
<b>Mitteilung zur künftigen MwSt-Strategie</b>		Ziel dieser Mitteilung wird es sein, Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, zur Betrugsbekämpfung bzw. zur Modernisierung und Vereinfachung des derzeitigen Systems aufzuzeigen.
Mitteilung zu Steuern und Entwicklung: Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bei der Förderung verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird der Grundsatz des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich herausgestellt werden. Darüber hinaus sollen die Entwicklungsländer bei ihrem Kampf gegen Steuerflucht und andere schädliche Steuerpraktiken unterstützt werden. Des Weiteren wird vorgeschlagen werden, die Besteuerung und die öffentliche Finanzverwaltung in diesen Ländern auszubauen.
Änderung der Energiesteuerrichtlinie	Legislativmaßnahme	Im Zusammenhang mit der Strategie "Europa 2020" wird die geänderte Richtlinie als wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Gewährleistung einer nachhaltigeren und ressourcenschonenden Wirtschaft das Europäische Emissionshandelssystem ergänzen und Energieprodukte nach ihrem Energiegehalt und ihrer Kohlendioxidemission besteuern.
Überarbeitung der Verordnung über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen	Legislativmaßnahme	Angestrebt wird eine Vereinfachung der Verfahren und eine Präzisierung der Regeln.
Vorschlag für einen ab 2011 geltenden Mehrwertsteuer-Mindestnormalsatz	Legislativmaßnahme	Der derzeit geltende Mehrwertsteuer-Mindestnormalsatz läuft am 31.12.2010 aus; es wird eine Verlängerung der derzeitigen Geltungsdauer vorgeschlagen werden.
Vorschlag für die mehrwertsteuerliche Behandlung von Wertgutscheinen (und anderen Gutscheinen zu Werbezwecken)	Legislativmaßnahme	Ziel des Vorschlags wird die Modernisierung der bestehenden MwSt-Regeln (besteuerbarer Betrag) sein, die auf Wertgutscheine angewandt werden.
Grünbuch zu einer neuen MwSt-Strategie	Nicht-Legislativmaßnahme	Konsultationsdokument zu einer neuen MwSt-Strategie, die gewährleistet, dass diese an sich ändernde wirtschaftliche Gegebenheiten angepasst wird und die insbesondere neuen IT-Entwicklungen Rechnung trägt (mit dem Ziel, im zweiten Halbjahr 2011 eine Mitteilung zu einer "neuen MwSt.-Strategie" anzunehmen).
Mitteilung zu einer Steuerpolitik-Initiative im Rahmen von "Citizen's First"	Nicht-Legislativmaßnahme	Vor dem Hintergrund der Neubelegung des Binnenmarktes sollen für den Bürger interessante Bereiche ermittelt werden (einschließlich Doppelbesteuerung, Renten, Zweitwohnsitz, Kapitalgewinn oder Einkommenssteuer), um Initiativen im Bereich des nichtzwingenden Rechts zu entwickeln.
Mitteilung zur Abstimmung der Erbschaftsteuern	Nicht-Legislativmaßnahme	Zur Förderung der Abstimmung der Erbschaftsteuern zwischen den Mitgliedstaaten, um Doppelbesteuerung und doppelte Nichtbesteuerung in grenzüberschreitenden Situationen zu vermeiden.
Legislativvorschlag für eine einheitliche konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (CCCTB)	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag wird auf die Vereinfachung der Steuervorschriften, die Senkung der Befolgungskosten und die Beseitigung steuerlicher Hindernisse abzielen, unter denen grenzüberschreitend tätige Unternehmen derzeit leiden.
Überarbeitung der Richtlinie über die Besteuerung von Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten (Neufassung)	Legislativmaßnahme	Ausweitung des Anwendungsbereichs der Richtlinie durch Senkung der Schwellen für die Beteiligung, durch Einbeziehung indirekter Beteiligungen und durch Aktualisierung des Anhangs (Arten von Unternehmen)

<b>Handel</b>		
<b>Vorschlag für eine Verordnung zur Anwendung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ab 1.1.2014</b>	Legislativmaßnahme	Im Rahmen der neuen Verordnung wird das derzeitige APS überarbeitet und verfeinert, um seine Einfachheit und Berechenbarkeit zu gewährleisten und um sicherzustellen, dass das System die nachhaltige Entwicklung maximal fördert und den bedürftigsten Entwicklungsländern zugute kommt.
Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung vorübergehender Vereinbarungen für internationale Investitionsabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten	Legislativmaßnahme	Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der der EU die ausschließliche Zuständigkeit für den Schutz ausländischer Direktinvestitionen verliehen hat, könnte das Fortbestehen der internationalen Investitionsabkommen der Mitgliedstaaten und der darin eingegangenen Verpflichtungen in Frage gestellt werden. Ziel ist es, Rechtssicherheit in Bezug auf den Status und die Gültigkeit internationaler Investitionsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten herzustellen, indem die Weiterführung derartiger Abkommen genehmigt und ein Regelwerk für die künftige Aushandlung und den Abschluss derartiger Abkommen durch die Mitgliedstaaten festgelegt wird.
Mitteilung zur Investitionspolitik der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel ist die Festlegung grober Leitlinien für die Entwicklung der künftigen Investitionspolitik der EU. Die Mitteilung wird ein großes Instrumentarium/zahlreiche Konzepte umfassen, die die Grundlage für die Vorstellung und Erörterung der neuen Verhandlungsrichtlinien für künftige Investitionsverhandlungen mit Drittstaaten bilden können.
Vorschlag für eine Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) (Verlängerungsverordnung)	Legislativmaßnahme	Verlängerung der Geltungsdauer des derzeitigen Allgemeinen Präferenzsystems (APS), wodurch auch die Fortdauer der speziellen Teilregelungen: GSP+ und EBA (Alles außer Waffen) betroffen ist. Die vorgeschlagene Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 wird lediglich jene technischen Änderungen vorsehen, die für die Verlängerung der Geltungsdauer des derzeitigen APS bis zum 31. Dezember 2013 erforderlich sind. Der Vorschlag wird nicht die Auswahlkriterien für die derzeitigen Teilnehmer am APS betreffen.
Vorschlag für eine Verordnung zur Anpassung der Entscheidungsfindung im Bereich der Handelspolitik nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	Legislativmaßnahme	Im Rahmen der Omnibus-Verordnung werden bestimmte Entscheidungsfindungsverfahren im Bereich der Handelspolitik, die vorher aus dem Komitologieverfahren ausgenommen worden waren, untersucht.
Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) (Beschlüsse des Rates betreffend die Genehmigung, das Abkommen zu unterzeichnen und abzuschließen)	Legislativmaßnahme	Die Maßnahme würde einen Vorschlag für einen Beschluss betreffend die Genehmigung, das Abkommen zu unterzeichnen und einen Vorschlag für einen Beschluss betreffend die Genehmigung, das Abkommen zu schließen, umfassen. Ziel der ACTA-Verhandlungen ist die Schaffung eines internationalen Rahmens, der die Durchsetzung der Rechtsvorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums verbessert, indem er die internationalen Standards für das Vorgehen gegen kriminelle Organisationen, die Rechte an geistigem Eigentum verletzen, erhöht.
Bericht über Handels- und Investitionshindernisse	Nicht-Legislativmaßnahme	Es soll ausgelotet werden, wie der Marktzugang und die Regulierungsmechanismen für Unternehmen in der EU weiter verbessert werden können.
<b>Verkehr</b>		
<b>Maßnahmenpaket zu Nachhaltigkeit im Verkehr: Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien</b>	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Der Legislativvorschlag zur Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien wird sich auf ein Kernnetzwerk konzentrieren, das den größten Beitrag zu den wichtigsten Zielen der TEN-V-Strategie verspricht. Parallel zu dem Legislativvorschlag wird ein Bericht über die Fortschritte bei den vorrangigen TEN-V-Projekten und der TEN-V-Strategie veröffentlicht.
<b>Maßnahmenpaket zu Nachhaltigkeit im Verkehr: Strategieplan für Verkehrstechnologie</b>	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Strategieplan für Verkehrstechnologie wird einen strategischen Rahmen für Forschung und Entwicklung und Einführung von Technologien liefern. Dies wird auf der Grundlage des politischen Bedarfs und der Vision eines integrierten, effizienten und umweltfreundlichen Verkehrssystems im Jahre 2050 erfolgen.

Sicherheitspaket: Mitteilung über einen europäischen Raum der Straßensicherheit: Strategische Leitlinien für Sicherheit im Straßenverkehr bis 2020	Nicht-Legislativmaßnahme	Die strategischen Leitlinien werden Maßnahmen umfassen, die das Thema Sicherheit im Straßenverkehr auf integrierte Weise (Fahrverhalten, Sicherheit von Fahrzeugen und Infrastruktur) und themenübergreifend (Verkehr, öffentliche Gesundheit, Forschung, neue Technologien, externe Dimension der Sicherheit im Straßenverkehr) angehen.
Bericht über Sicherheitsscanner an Flughäfen	Nicht-Legislativmaßnahme	Der Bericht wird die Auswirkungen von Sicherheitsscannern hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, aber auch der Gesundheitsrisiken, Verletzung der Grundrechte und der Privatsphäre untersuchen.
Mitteilung über Rechte von Reisenden	Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird der aktuelle Stand in Bezug auf die Rechte von Reisenden bei allen Verkehrsträgern aufgezeigt werden; dabei wird den Ergebnissen öffentlicher Konsultationen Rechnung getragen. Es soll bewertet werden, ob die Anwendung der derzeitigen EU-Regelungen angemessenen Schutz der Rechte von Reisenden bietet, und es soll ermittelt werden, in welchen Bereichen weiterer Handlungsbedarf besteht.
Binnenmarktpaket: Neufassung des ersten Eisenbahnpakets	Legislativmaßnahme	In der Neufassung werden verschiedene Bestimmungen des ersten Eisenbahnpakets präzisiert werden, damit die Leitlinien für die Umsetzung eindeutiger sind.
Flughafenpaket: Mitteilung zur Flughafenpolitik, einhergehend mit Legislativvorschlägen	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	In der Mitteilung wird der aktuelle Stand der Flughafenpolitik erörtert werden; ferner werden die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans für Flughafenkapazität bilanziert und die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Zeitnischenverordnung und der Bodenabfertigungsrichtlinie .
Maßnahmen zur elektronischen Mobilität	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Dieses Bündel an Legislativmaßnahmen zielt auf die Einführung der neuen Technologien in verschiedene Verkehrsträger, um ein effizientes und nachhaltiges Verkehrssystem zu fördern. Die Maßnahmen werden die integrierte Ausstellung von Bahntickets ebenso betreffen wie digitale Fahrtenschreiber, elektronische Mautsysteme, integrierte Seeverkehrsdaten usw.
Meerespolitische Fragen mit sozialer Dimension	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Thema werden verschiedenen Aspekte der "menschlichen Dimension" des Seeverkehrs sein, insbesondere die Ausbildung und Prüfung von Seeleuten (Mitteilung zu einer Sozialagenda für den Seeverkehr, Vorschlag für eine Richtlinie zur Kontrolle der Anwendung des IAO-Übereinkommens, Vorschlag für die Überarbeitung der Richtlinie 2008/106/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten)
Mitteilung über den Straßenengüterverkehrsmarkt	Nicht-Legislativmaßnahme	Überprüfung des Funktionierens des Binnenmarktes für Straßengüterverkehr, einschließlich Kabotage auf der Straße
Mitteilung über den Zugang zum Schienenverkehrsmarkt	Nicht-Legislativmaßnahme	Überprüfung der Organisation des Schienenverkehrsmarktes, einschließlich des Marktes für inländischen Personenverkehr

### Anhang III: Liste der Vereinfachungsvorschläge\*

Bezeichnung	Art der Maßnahme	Zielsetzung	Jahr
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1276/2008 der Kommission über die Überwachung der Ausfuhr von Agrarprodukten, für die Ausfuhrerstattungen oder andere Beträge gezahlt werden, durch Warenkontrolle und der Verordnung (EG) Nr. 612/2009 der Kommission über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen	Überarbeitung	Bei diesen Kontrollen bringen die Behörden auf den Zollpapieren handschriftliche Bemerkungen an, die schwer zu lesen und schwer zu verstehen sind. Standardinformationen in Form von Digitalcodes sollen Abhilfe schaffen. 5 Anhänge werden durch 1 Anhang ersetzt.	2010
Vereinfachungsmaßnahme – Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1290/2005, (EG) Nr. 247/2006, (EG) Nr. 378/2007 und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003	Überarbeitung	Verringerung des Verwaltungsaufwands von Cross-Compliance-Kontrollen; Vereinfachung von Flächenerklärungen; Verringerung der Anzahl der Berichte der Mitgliedstaaten über die Entwicklung des ländlichen Raums; Einführung von Zahlungsfristen für bestimmte Maßnahmen; Anpassung der Verordnung mithilfe der delegierten Befugnisse und Durchführungsbefugnisse nach dem AEUV	2010
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung des Genehmigungsverfahrens betreffend die freiwillige Kennzeichnung von Rindfleisch	Überarbeitung/Aufhebung	Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Genehmigung der freiwilligen Kennzeichnung von Rindfleisch Hierzu ist eine Änderung der Verordnung 1760/2000 erforderlich.	2010
Verordnung der Kommission zur Festlegung (neuer) Bestimmungen für die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der EU	Überarbeitung	Klarere, einfachere und effizientere Bestimmungen für die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Europäischen Union	2010
EU-Initiative zu arbeitsbedingten Erkrankungen des Bewegungsapparats	Neufassung	Zusammenfassung der Bestimmungen über den Schutz der Arbeitnehmer vor arbeitsbedingten Erkrankungen des Bewegungsapparats in einem einzigen Rechtsinstrument	2011
Überarbeitung der Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer  und der Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer	Überarbeitung	Nach Abschluss des Berichts über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 (Statut der Europäischen Genossenschaft) 2011 soll geprüft werden, inwieweit die Bestimmungen über die Information und Konsultation der Arbeitnehmer vereinfacht werden können.	2011/12
Vorschlag für eine Verordnung zur Registrierung von Unternehmen, die radioaktives Material befördern	Neufassung	Kodifizierung und Vereinfachung der EU-Vorschriften im Hinblick auf eine größere Sicherheit und Transparenz bei der	2010

\* Viele dieser Vorschläge haben eine Verringerung des Verwaltungsaufwands zum Ziel.

		Beförderung radioaktiven Materials	
Neufassung der grundlegenden Sicherheitsnormen im Bereich des Strahlenschutzes		Zusammenfassung von 10 Rechtsakten in einer Richtlinie zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen zum Schutz vor Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aktualisierung dieser Normen entsprechend den Empfehlungen der Internationalen Kommission für Strahlenschutz (ICRP).	2011
Überarbeitung einer Empfehlung zu radiologischen Folgen	Überarbeitung	Klarere, einfachere und bessere Fassung der Empfehlung zur Anwendung von Artikel 37 EAG, wonach die Kommission zu der Durchführung von Plänen Stellung nimmt, die eine Ableitung radioaktiver Stoffe zum Gegenstand haben, die radiologische Folgen für benachbarte Mitgliedstaaten haben können	2010
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Rahmenregelung für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen der Klasse L und den für diese Fahrzeuge bestimmten Systemen, Bauteilen und technischen Einheiten	Aufhebung	Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Kfz-Industrie, die EU und die nationalen Gesetzgeber und Typgenehmigungsbehörden	2010
Verordnung über die Typgenehmigung für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen (Aufhebung von 24 Richtlinien)	Aufhebung	24 Richtlinien sollen aufgehoben und durch eine Verordnung ersetzt werden.	2010
Richtlinie der Kommission zur Anpassung der Richtlinien 80/720/EWG, 86/298/EWG, 86/415/EWG und 87/402/EWG des Rates und Richtlinien 2000/25/EG und 2003/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen an den technischen Fortschritt	Überarbeitung	Änderung von 6 Richtlinien über landwirtschaftliche Zugmaschinen zur Klärung und Verbesserung der technischen Anforderungen	2010
Richtlinie 94/25/EG über Sportboote		Reduzierung der Geräusch- und Abgasemissionen von Sportbooten zur Verbesserung des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt bei gleichzeitiger Begrenzung der Kosten, die durch die Befolgung unterschiedlicher Emissionsnormen in den einzelnen Ländern entstehen Die Richtlinie wird an den neuen gemeinsamen Rechtsrahmen (Beschluss 768/2008/EG) angepasst.	2010
Richtlinie 97/68/EG über Emissionen von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte		Vereinfachung der Vorschriften für die Vermarktung mobiler Maschinen einschließlich der Typgenehmigung und Anpassung an den neuen gemeinsamen Rechtsrahmen (Beschluss 768/2008/EG)	2010
Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen		Vereinfachung der Anwendung der Richtlinie, Überprüfung der Konformitätsbewertungsverfahren und Verbesserung der Marktaufsicht. Die Richtlinie wird an den neuen gemeinsamen Rechtsrahmen (Beschluss 768/2008/EG) angepasst.	2010
Richtlinie 1999/5/EG über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen		Ersetzung aufwändiger und ineffizienter Verwaltungsvorschriften durch modernere elektronische Mittel und Ausrichtung auf ein besseres Durchsetzungsinstrumentarium für die nationalen Behörden	2010

Düngemittel – Entwurf für eine Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 über Düngemittel im Hinblick auf die Anpassung der Anhänge I und IV an den technischen Fortschritt	Überarbeitung	Änderung von Anhang IV der Verordnung, um sicherzustellen, dass die CEN-Normen als Referenz für amtliche Kontrollen herangezogen werden können	2011
Richtlinie 2003/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen		Vereinfachung und Straffung der Vorschriften zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere im Hinblick auf Berichtspflichten	2010
Richtlinie 98/83/EG des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch		Ein risikobasiertes Bewirtschaftungskonzept wird dazu beitragen, die Bewirtschaftung der Wasserreserven zu vereinfachen und den Kontroll- und Berichtsaufwand zu verringern.	2010
Legislativvorschlag betreffend die Kohärenz/Vereinfachung des Abfallrechts (Anpassung der produktspezifischen Vorschriften an die Abfall-Rahmenrichtlinie; hierzu zählen die Richtlinien über Altfahrzeuge, Batterien und Verpackung)	Überprüfung	Vollständige Überprüfung der EU-Recycling-Richtlinien in dieser Amtsperiode	2012
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates vom 25. Mai 1998 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs	Überarbeitung	Freistellung Maltas von den Berichtspflichten der Ratsverordnung 1172/98	2011
Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 zur Abfallstatistik	Überarbeitung	Vereinfachung der Verordnung und Anpassung an die Berichtspflichten in anderen Abfallvorschriften der EU	2010
Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Baumobstanlagen		Verringerung der Zahl der in der Erhebung über Baumobstanlagen verlangten Variablen, Festlegung von Schwellenwerten auf Landesebene, die eine Befreiung von der Berichtspflicht ermöglichen, und stärkere Heranziehung administrativer Daten oder anderer Quellen anstelle von Erhebungen	2010
Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus	Überarbeitung	Änderung des Anwendungsbereichs der Richtlinie, um die Anforderungen an die Berichterstattung zu senken. Den Mitgliedstaaten wird gestattet, anstelle von Erhebungen Schätzverfahren für die Erstellung ihrer Statistiken zu verwenden.	2010
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	Überarbeitung	Abschaffung bestimmter Verfahrensschritte als Voraussetzung für die Anerkennung und Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung im Ausland	2011
Vorschlag für eine Änderung der Datenschutzregelungen der EU	Überarbeitung	Der EU-Rechtsrahmen zum Schutz personenbezogener Daten wird vereinfacht und der technologischen Entwicklung sowie dem Vertrag von Lissabon angepasst.	2010
Änderung des Schengener Grenzkodex	Überarbeitung	Der Kodex soll mit den Verordnungen über registrierte Reisende und das Einreise-/Ausreisensystem in Einklang	2011



		gebracht werden; die Grenzkontrollen sollen in bestimmten Punkten vereinfacht und harmonisiert werden und seit Einführung des Kodex festgestellte Schwachstellen sollen behoben werden.	
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2187/2005 des Rates mit technischen Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiressourcen in der Ostsee, den Belten und dem Öresund	Überarbeitung	Die Änderung ist aufgrund des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags und aufgrund der Notwendigkeit geboten, die derzeit in der Verordnung über Fangmöglichkeiten in der Ostsee enthaltenen technischen Maßnahmen neu auszurichten.	2010
Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates vom 26. April 2005 zur Errichtung einer Europäischen Fischereiaufsichtsagentur	Überarbeitung	Modernisierung der Verfahren und Erleichterung der Rechtsanwendung durch Verringerung des Verwaltungsaufwands für den Sektor und die Behörden, Verringerung der Berichtspflichten durch stärkeren Einsatz von IT-Tools	2010
Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik	Überarbeitung	Einführung einer neuen Grundverordnung für die gemeinsame Fischereipolitik einschließlich Aquakultur und einer neuen Verordnung für die gemeinsame Marktorganisation sowie Finanzierungsvorschläge. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollen soweit möglich vereinfacht werden.	2011
Vollständige Überarbeitung der 4. und 7. Richtlinie des Rates und Vorlage diesbezüglicher Richtlinienvorschläge	Überarbeitung	Überarbeitung der 4. und 7. Rechnungslegungsrichtlinie unter Berücksichtigung der besonderen Interessen von KMU	2011
Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)		Eventuelle Vereinfachung der Vorschriften für die Gründung einer SE und die Sitzverlegung	2012
Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 725/2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen und zur Aufhebung der Richtlinie zur Verbesserung der Gefahrenabwehr in Häfen	Neufassung	Klärung und Verbesserung bestehender Vorschriften nach Bewertung der einschlägigen Umsetzungsvorschriften der Mitgliedstaaten	2012
E-Mobilität: Neufassung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr (Tachometer)	Neufassung	Aktualisierung des rechtlichen Rahmens mit dem Ziel, Sicherheit und Funktionalität des von Berufskraftfahrern verwendeten digitalen Fahrtenschreibers zu erhöhen Auf diese Weise wird der Verwaltungsaufwand für die Unternehmen verringert, während sich die Zuverlässigkeit der Kontrollen erhöht, um fairen Wettbewerb zwischen den Güterkraftverkehrsunternehmen zu gewährleisten.	2011
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Schiffsausrüstung	Neufassung	Erhöhung der Rechtssicherheit und damit Erhöhung der Wirksamkeit der Richtlinie Es soll stärker auf europäische Normen zurückgegriffen werden.	2010
Binnenmarkt-Paket: Neufassung der Richtlinien des ersten Eisenbahnpakets: Vereinfachung und Modernisierung der Vorschriften für den Zugang zum Markt im Schienenverkehr	Neufassung	Drei Richtlinien werden zusammengefasst und neu gegliedert, wobei die Querverweise zu den jeweiligen Rechtsakten beseitigt, Vorschriften aus dem ersten Eisenbahnpaket klarer und genauer gefasst und Hilfen für die Umsetzung gegeben werden.	2010
Legislativvorschlag zur Neufassung der Richtlinie über ein	Neufassung	Aufnahme der neuesten technischen Entwicklungen und	2012

Überwachungssystem für den europäischen Seeverkehr		Aktualisierung Ziel ist ein stärker integriertes Überwachungssystem für den Seeverkehr.	
Richtlinie 96/50/EG des Rates über die Harmonisierung der Bedingungen für den Erwerb einzelstaatlicher Schifferpatente für den Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr in der Gemeinschaft		Erhöhung der Rechtssicherheit, Erleichterung des Zugangs zur Rheinschifffahrt und Verbesserung der Sicherheitsstandards auf allen Binnenwasserstraßen der EU	2010
Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 766/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung	Neufassung	Verordnung (EG) Nr. 766/2008 und Beschluss 2009/917/JI des Rates vom 30. November 2009 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich regeln zum Teil dieselben Fragen. Ziel ist die Zusammenfassung der Bestimmungen in einem Rechtsinstrument auf der Grundlage der Artikel 33 und 325 AEUV. Wirkung: Insbesondere besserer Zugang zum Recht.	2011
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Vereinfachung der Durchführung von Forschungsrahmenprogrammen	Überarbeitung	Anregung einer interinstitutionellen Debatte auf der Grundlage von Vereinfachungsvorschlägen mit dem Ziel konkreter Maßnahmen entweder nach Maßgabe der geltenden Vorschriften oder im Rahmen von Legislativvorschlägen	2010
Neue Vorschläge zur Neufassung der Richtlinien über medizinische Geräte (90/385, 93/42, 98/79)	Neufassung	Vereinfachung und Verschärfung der Vorschriften, um ein hohes Gesundheitsschutzniveau und gleichzeitig ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten	2011
Neufassung der Richtlinien über Materialien, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, im Wege einer Verordnung der Kommission	Neufassung	Ziel der Neufassung im Wege einer Verordnung ist es, die Zulassung neuer Zusatzstoffe und Monomere zu beschleunigen und die Vorschriften für Migrationsuntersuchungen zu vereinfachen.	2010
Richtlinien der Kommission zur Änderung – mit Blick auf die Konsolidierung des Binnenmarkts – bestimmter Vorschriften der Richtlinien über den Verkehr mit Saatgut zur Erhaltung des pflanzlichen Genpotenzials (Saatmischungen) - Richtlinie 66/401/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut - Richtlinie 66/402/EWG des Rates über den Verkehr mit Getreidesaatgut - Richtlinie 2002/53/EG des Rates über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten Richtlinie 2002/54/EG des Rates über den Verkehr mit Betarübensaatgut - Richtlinie 2002/55/EG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut - Richtlinie 2002/56/EG des Rates über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln - Richtlinie 2002/57/EG des Rates über den Verkehr mit Saatgut von		Vereinfachung der Vorschriften und Verringerung des Verwaltungsaufwands auf der Grundlage einer Bewertung des gesamten Bestands an Rechtsvorschriften in diesem Bereich	2010

<p>Öl- und Faserpflanzen</p> <p>- Richtlinie 68/193/EWG des Rates über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben</p> <p>- Richtlinie 1998/56/EG des Rates über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen - Richtlinie 92/33/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Gemüsepflanzgut und Gemüsevermehrungsmaterial mit Ausnahme von Saatgut</p> <p>- Richtlinie 92/34/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstbäumen zur Fruchterzeugung</p> <p>- Richtlinie 1999/105/EG des Rates über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut</p>			
<p>Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Überarbeitung der Richtlinie 2009/39/EG über Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind (Neufassung)</p>	Neufassung	Vereinfachung der Vorschriften und Verringerung des Verwaltungsaufwands unter Berücksichtigung anderer horizontaler und vertikaler Rechtsvorschriften u. a. zu Werbebehauptungen, Nahrungsergänzungsmitteln und Brennwein	2010
<p>Mitteilung über die künftige MwSt-Strategie</p>	Überprüfung	Verringerung des Verwaltungsaufwands, Betrugsbekämpfung, Modernisierung und Vereinfachung des bestehenden Systems anhand der Ergebnisse einer Grünbuch-Konsultation	2011
<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG im Hinblick auf die mehrwertsteuerliche Behandlung von Behörden und die Befreiung bestimmter dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten von der MwSt</p>	Überarbeitung	Klarere Fassung der Begriffsbestimmungen im Hinblick auf einheitlichere und neutralere MwSt-Systeme	2011/12

### Anhang IV: Liste der zurückzuziehenden Vorschläge

KOM/SEK – Interinstitutionelle Referenz	Bezeichnung	Begründung
KOM(1980) 298	Vorschlag für eine VERORDNUNG (EWG) DES RATES zur Festsetzung des Grundpreises, des Interventionspreises und des Referenzpreises für Schaffleisch für das Wirtschaftsjahr 1980/81	Obsolet
KOM(2007) 712 2007/0246/ACC	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Australien über den Handel mit Wein	Obsolet: Der Vorschlag wurde vom Rat auf der Grundlage des Vorschlags in KOM(2008) 653 als Beschluss 2009/49 erlassen.
KOM(2007) 239	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES zur Festlegung der finanziellen Beiträge der zum Europäischen Entwicklungsfonds beitragenden Mitgliedstaaten (zusätzliche Tranche 2007)	Obsolet infolge der am 28.6.2007 auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags in KOM(2007) 321 vom 13. Juni 2007 erlassenen Ratsentscheidung
KOM(1979) 345	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Gewährung einer außerordentlichen Finanzhilfe zulasten des Gesamthaushaltsplans der Gemeinschaften an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	Obsolet
KOM(1998) 96	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung eines Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen durch die Europäische Gemeinschaft	Obsolet: Der Rat nahm hierzu am 16.6.1998 Schlussfolgerungen an.
KOM(2006) 602	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich eines Vorschlags zur Änderung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen	Obsolet: Der Vorschlag bezieht sich auf eine Zusammenkunft der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (COP/MOP2) im November 2006.
KOM(1980) 863/2	Vorschlag für eine VERORDNUNG (EWG) DES RATES über einen Zinszuschuss für bestimmte Darlehen im Rahmen der Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien	Obsolet
SEK(2002) 1110	Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES AN PORTUGAL mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden - Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 EG-Vertrag	Obsolet
SEK(2002) 1118	Empfehlung für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES über das Bestehen eines übermäßigen Defizits in Portugal - Anwendung von Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft	Obsolet
SEK(2002) 1246/1	Empfehlung für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES zur frühzeitigen Warnung Frankreichs, um das Entstehen eines übermäßigen Defizits zu verhindern	Obsolet

SEK(2002) 1246/2	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES über die Veröffentlichung der Empfehlung zur frühzeitigen Warnung Frankreichs, um das Entstehen eines übermäßigen Defizits zu verhindern	Obsolet
SEK(2005) 994	Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES AN PORTUGAL mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden	Obsolet
KOM(2002) 615 2002/0262/ACC	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Standpunkt der Gemeinschaft zur Einsetzung eines Gemischten Beratenden Ausschusses durch Beschluss des mit dem Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Litauen eingesetzten Assoziationsrates	Obsolet
KOM(1986) 14	Vorschlag für eine VERORDNUNG (EWG) DES RATES zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	Obsolet
KOM(2001) 344 2001/0137/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im Hinblick auf die Assistenten des Europäischen Parlaments	Obsolet: Geregelt durch Verordnung (EG) Nr. 883/2004.
SEK(1993) 1465	Draft Council Decision adopting directives for the negotiation by the Commission for an international convention on nuclear safety	Obsolet: Euratom ist dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 7. Dezember 1998 beigetreten.
KOM(2003) 32/1 2003/0021/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE (Euratom) DES RATES zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen	Obsolet: Am 18.6.2008 wurde die Richtlinie (Euratom) zur Schaffung eines Gemeinschaftsrahmens für nukleare Sicherheit erlassen.
KOM(2004) 716 2004/0249/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Überwachung und Kontrolle der Verbringungen radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente	Obsolet: Der Rat hat einen Vorschlag auf der Grundlage von KOM(2005) 673 erlassen.
KOM(2006) 179	Entwurf einer INTERINSTITUTIONELLEN VEREINBARUNG über die interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Übereinkommen, bei denen die Europäische Atomgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten Vertragspartner sind	Obsolet
KOM(2007) 748	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Festlegung des von der Europäischen Gemeinschaft im Ministerrat der Energiegemeinschaft (Belgrad, 18. Dezember 2007) zu vertretenden Standpunkts	Obsolet
KOM(1979) 179	Empfehlung für einen BESCHLUSS DES RATES zur Ermächtigung der Kommission, an den Verhandlungen zum Abschluss eines Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden freilebenden Tierarten teilzunehmen	Obsolet

KOM(1985) 281	Empfehlung für einen BESCHLUSS DES RATES zur Ermächtigung der Kommission, die Annahme von Programmen und Maßnahmen im Rahmen des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus im Namen der Gemeinschaft auszuhandeln	Obsolet
KOM(1986) 362/3 1986/1019/CNS	Empfehlung für einen BESCHLUSS DES RATES zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Gemeinschaft Notifizierungs- und Konsultationsverfahren für den Handel mit gewissen gefährlichen chemischen Stoffen auszuhandeln	Obsolet
KOM(1995) 325/2 1995/0184/CNS	Entwurf einer ENTSCHEIDUNG DES RATES über die Entwicklung und Durchführung der Errichtung der Europäischen Umweltagentur	Obsolet: Der Rat nahm hierzu am 9.11.1995 Schlussfolgerungen an.
KOM(1998) 344	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung des UN/ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten	Obsolet: Der Rat nahm hierzu am 17.6.1998 Schlussfolgerungen an.
KOM(2007) 367 2007/0126/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Aufhebung der Richtlinie 87/372/EWG des Rates über die Frequenzbänder, die für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft bereitzustellen sind	Obsolet: Die Kommission hat einen geänderten Vorschlag - KOM(2008) 762 – vorgelegt, der als Richtlinie 2009/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 87/372/EWG erlassen worden ist.
KOM(2006) 255  KOM(2006) 256  KOM(2006) 752/3	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Republik Bulgarien über die Beteiligung Bulgariens an der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Rumänien über die Beteiligung Rumäniens an der Arbeit der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen dieses Protokolls	Obsolet  Obsolet  Obsolet nach Inkrafttreten des AEUV; Aufgegangen in KOM (2006)752/4
KOM(2005) 276/1 2005/0127/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums	Die Kommission plant die Vorlage eines neuen Vorschlags für 2011.

KOM(2007) 306 2007/0104/CNS	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Einrichtung, den Betrieb und die Verwaltung einer Kommunikationsinfrastruktur für die Umgebung des Schengener Informationssystems (SIS)	Dieser (und der folgende) Vorschlag sollten eine eigene Rechtsgrundlage für einen neuen Vertrag über diese Tätigkeiten bereitstellen. Da das Vergabeverfahren inzwischen abgeschlossen ist, sind beide Vorschläge obsolet.
KOM(2007) 311 2007/0108/CNS	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die Einrichtung, den Betrieb und die Verwaltung einer Kommunikationsinfrastruktur für die Umgebung des Schengener Informationssystems (SIS)	Dieser (und der vorstehende) Vorschlag sollten eine eigene Rechtsgrundlage für einen neuen Vertrag über diese Tätigkeiten bereitstellen. Da das Vergabeverfahren inzwischen abgeschlossen ist, sind beide Vorschläge obsolet.
KOM(1980) 722 1980/1031/CNS	Vorschlag für eine VERORDNUNG (EWG) DES RATES zur Festlegung der zulässigen Gesamtfangmenge, des für die Gemeinschaft verfügbaren Anteils und der Fangbedingungen hinsichtlich bestimmter Fischbestände in der Fischereizone der Gemeinschaft für 1981	Obsolet
KOM(2007) 595 2007/0222/APP	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Ermächtigung der Kommission, Änderungen der Protokolle der zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Drittstaaten abgeschlossenen partnerschaftlichen Fischereiabkommen zu genehmigen	Obsolet aufgrund der neuen Gesetzgebungsverfahren des Lissabon-Vertrags für die Annahme von partnerschaftlichen Fischereiabkommen
KOM(2007) 782	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Kündigung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung gemäß dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Mauretanien	Obsolet: Die Verordnung (EG) Nr. 704/2008 des Rates wurde am 15. Juli 2008 erlassen.
KOM(2008) 324 2008/0112/CNS	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen	Obsolet: Am 27.11.2009 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1288/2009 des Rates zur Festlegung technischer Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011 erlassen.
KOM(1975) 490 1975/1012/CNS	Vorschlag für eine VERORDNUNG (EWG) DES RATES über ein Marktbeobachtungssystem für den Güterverkehr der Eisenbahnen, des Kraftverkehrs und der Binnenschifffahrt zwischen den Mitgliedstaaten	Obsolet
KOM(2005) 158/2 2005/0060/CNS	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Bulgarien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten	Obsolet
KOM(2005) 369/2 2005/0148/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Rumänien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten	Obsolet
KOM(2006) 79/2 2006/0025/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Verbesserung der Sicherheit der Lieferkette	Obsolet: Die Ziele dieses Vorschlags fanden Eingang in die Verordnung (EG) Nr. 450/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft (Modernisierter Zollkodex).

KOM(2005) 468 2005/0198/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Genehmigung des Abschlusses der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Schweizerischen Bundesrat über einen Beitrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union im Namen der Europäischen Gemeinschaft und zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten, einzeln Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Umsetzung der Vereinbarung zu schließen	Obsolet: Dieser Vorschlag wurde in das Memorandum of Understanding zwischen der Europäischen Union und der Schweiz vom 27. Februar 2006 übernommen.
KOM(1998) 339	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES über das vorläufige Verbot des Verkaufs von genetisch verändertem Mais ( <i>Zea mays</i> L.) mit kombinierter Änderung der Insektizideigenschaften aufgrund des Bt-Endotoxins und erhöhter Toleranz gegenüber dem Herbizid Glufosinatummonium in Österreich	Obsolet
KOM(1998) 340	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES über das vorübergehende Verbot der Verwendung und des Verkaufs von genetisch verändertem Mais ( <i>Zea mays</i> L.) mit kombinierter Änderung der Insektizideigenschaften aufgrund des Bt-Endotoxins und erhöhter Toleranz gegenüber dem Herbizid Glufosinatummonium im Großherzogtum Luxemburg	Obsolet
KOM(2003) 537 2003/0208/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Kodifizierung in Gestalt der Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 - KOM(2008) 889
KOM(2004) 232 2004/0074/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Wird durch einen neuen Kodifizierungsvorschlag ersetzt (in Arbeit).
KOM(2006) 286 2006/0100/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen	Obsolet: Kodifizierung in Gestalt der Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009
KOM(2006) 497 2006/0164/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Kodifizierung in Gestalt der Verordnung (EG) Nr. 217/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 – KOM(2007) 762
KOM(2007) 344 2007/0119/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Schilder, vorgeschriebene Angaben, deren Lage und Anbringungsart an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Basisrechtsakt aufgehoben durch Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009
KOM(2007) 451 2007/0162/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Beleuchtungseinrichtungen für das hintere Kennzeichen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Basisrechtsakt aufgehoben durch Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009
KOM(2007) 867 2007/0298/COD	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Ersetzt durch Kodifizierungsvorschlag KOM(2009) 391



KOM(2007) 873 2007/0299/COD	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern (kodifizierte Fassung)	Obsolet: Die Kommission beabsichtigt 2011 die Vorlage eines Kodifizierungsvorschlags für die Richtlinie 93/7/EWG.
KOM(2003) 841 2003/0331/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2003/49/EG über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten	Obsolet: Für 2010/2011 ist ein neuer Vorschlag geplant.
KOM(2004) 227/2 2004/0072/CNS	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 92/12/EWG über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren	Obsolet nach Erlass der Richtlinie 2008/118
SEK(2004) 1015	Entwurf für einen BESCHLUSS Nr. 1/2004 DES GEMISCHTEN AUSSCHUSSES EG-EFTA "GEMEINSAMES VERSANDVERFAHREN" zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren - Entwurf für eine gemeinsame Haltung der Gemeinschaft-	Obsolet: Die vorgeschlagenen Änderungen wurden in das Übereinkommen übernommen (Beschluss Nr. 2005/558 vom 17. Juni 2005).
KOM(2006) 263	Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATES zur Ermächtigung Griechenlands und Portugals, eine von Artikel 21 Absatz 1 der Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichende Regelung anzuwenden	Obsolet, da die Richtlinie selbst inzwischen solche Abweichungen erlaubt (Art. 199 der MwSt-Richtlinie).
KOM(1995) 245/1 1996/0053/APP	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss - durch die Europäische Gemeinschaft - des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Republik Belarus andererseits	In den 15 Jahren seit Vorlage des Vorschlags haben sich die institutionellen wie die politischen Rahmenbedingungen geändert. Die Kommission arbeitet derzeit an einem gemeinsamen Interimsplan für Belarus als Follow-up zu den Schlussfolgerungen des Rates vom November 2009.
KOM(2005) 326 2005/0132/COD	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES für die Aushandlung von Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen mit Ausnahme von Verkehrsdienstleistungen	Dieser Vorschlag ist seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags obsolet, da der Vertrag die ausschließliche Zuständigkeit der EU für die Aushandlung von Abkommen über den Handel mit Verkehrsdienstleistungen festschreibt.
KOM(2006) 559/2 2006/0176/APP  KOM(2006) 147 2006/0052/COD	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss eines Zusatzprotokolls zu dem Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits betreffend die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte – PECA –  Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über die Durchführung des von der EG nach Abschluss der Verhandlungen im Rahmen von Artikel XXIV Absatz 6 des GATT 1994 geschlossenen Abkommens und zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	Dieser Vorschlag wurde mit dem EU-Beitritt Bulgariens zum 1. Januar 2007 obsolet.  Obsolet: Gegenstand des Vorschlags war die Ergänzung von Anhang I der Ratsverordnung 2658/87 in einer Art und Weise, die bereits bei der Annahme des vergleichbaren Abkommens nach Artikel XXIV Absatz 6 mit der Volksrepublik China erfolgt ist (Ratsbeschluss 2006/398 und Ratsverordnung 838/2006).